

Nationalrat

Sommeression 2020

17.028 s Informationssicherheitsgesetz**Entwurf des Bundesrates**

vom 22. Februar 2017

Beschluss des Ständerates

vom 4. Dezember 2017

*Zustimmung zum Entwurf,
wo nichts vermerkt ist***Beschluss des Nationalrates**

vom 13. März 2018

*Nichteintreten***Beschluss des Ständerates**

vom 26. September 2018

*Festhalten (= Eintreten)***Anträge der Sicherheitspolitischen Kommission
des Nationalrates**

vom 29. Oktober 2019

*Zustimmung zum Beschluss des Ständerates,
wo nichts vermerkt ist***Bundesgesetz
über die Informationssicherheit beim
Bund
(Informationssicherheitsgesetz, ISG)**

vom ...

*Die Bundesversammlung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1, 60
Absatz 1, 101, 102 Absatz 1 und 173
Absatz 1 Buchstaben a und b sowie
Absatz 2 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des
Bundesrates vom 22. Februar 2017²,*beschliesst:*¹ SR 101² BBl 2017 2953

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen****Art. 1 Zweck**

¹ Dieses Gesetz soll die sichere Bearbeitung der Informationen, für die der Bund zuständig ist, sowie den sicheren Einsatz der Informatikmittel des Bundes gewährleisten.

² Dadurch sollen die folgenden öffentlichen Interessen geschützt werden:

- a. die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Behörden und Organisationen des Bundes;
- b. die innere und äussere Sicherheit der Schweiz;
- c. die aussenpolitischen Interessen der Schweiz;
- d. die wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Interessen der Schweiz;
- e. die Erfüllung der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen der Behörden und Organisationen des Bundes zum Schutz von Informationen.

Art. 2 Verpflichtete Behörden und Organisationen

¹ Dieses Gesetz gilt für die nachstehenden Behörden (verpflichtete Behörden):

- a. die Bundesversammlung;
- b. den Bundesrat;
- c. die eidgenössischen Gerichte;
- d. die Bundesanwaltschaft und die Aufsichtsbehörde der Bundesanwaltschaft;
- e. die Schweizerische Nationalbank.

² Es gilt für die nachstehenden Organisationen (verpflichtete Organisationen):

- a. die Parlamentsdienste;

Bundesrat

b. die Bundesverwaltung;
 c. die Verwaltungen der eidgenössischen Gerichte;
 d. die Armee;
 e. Organisationen nach Artikel 2 Absatz 4 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997³ (RVOG) für ihre Verwaltungsaufgaben.

³ Der Bundesrat kann für Organisationen nach Artikel 2 Absätze 3 und 4 RVOG die Geltung des Gesetzes auf diejenigen Organisationen einschränken, die:
 a. sicherheitsempfindliche Tätigkeiten ausüben; oder
 b. zur Erfüllung ihrer Aufgaben Informatikmittel des Bundes einsetzen oder darauf zugreifen.

⁴ Er kann die Geltung nach Absatz 3 auf Teile des Gesetzes beschränken. Er berücksichtigt dabei die Vollzugsautonomie der betreffenden Organisationen nach Massgabe ihrer Organisationserlasse.

⁵ Für Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts, die kritische Infrastrukturen betreiben, die aber nicht unter die Absätze 1–3 fallen, gelten die Artikel 75–81 dieses Gesetzes. Die Spezialgesetzgebung kann weitere Teile dieses Gesetzes für anwendbar erklären.

Art. 3 Geltung für die Kantone

¹ Für die Kantone gelten die Bestimmungen über klassifizierte Informationen und die Sicherheit beim Einsatz von Informatikmitteln, soweit sie im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem

Ständerat**Art. 3**

¹ Für die Kantone gelten nur die Bestimmungen:
 a. über klassifizierte Informationen, soweit sie klassifizierte Informationen des Bundes bearbeiten; und

Kommission des Nationalrates

Bundesrat

Bund oder beim Vollzug von Bundesrecht klassifizierte Informationen des Bundes bearbeiten oder auf Informatikmittel des Bundes zugreifen.

² Die Bestimmungen gelten nicht, wenn die Kantone eine mindestens gleichwertige Informationssicherheit gewährleisten.

Art. 4 Verhältnis zu anderen Erlassen des Bundes

¹ Das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004⁴ geht diesem Gesetz vor.

² Für Informationen, deren Schutz gleichzeitig in anderen Bundesgesetzen geregelt ist, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes ergänzend Anwendung.

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

a. *Informatikmittel*: Mittel der Informations- und Kommunikationstechnik, namentlich Anwendungen, Informationssysteme und Datensammlungen sowie Einrichtungen, Produkte und Dienste, die zur elektronischen Verarbeitung von Informationen dienen;

b. *sicherheitsempfindliche Tätigkeit*:

1. die Bearbeitung von «vertraulich» oder «geheim» klassifizierten Informationen,

2. die Verwaltung, der Betrieb, die Wartung und die Überprüfung von Informatikmitteln der Sicherheitsstufe «hoher Schutz» oder «sehr hoher Schutz»,

3. der Zugang zu Sicherheitszonen, insbesondere zu Schutzzone 2 oder 3 einer

Ständerat

b. über die Sicherheit beim Einsatz von Informatikmitteln, soweit sie auf Informatikmittel des Bundes zugreifen.

² *Betrifft nur den französischen Text.*

Art. 5

...

Kommission des Nationalrates

Art. 5

...

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Anlage nach der Gesetzgebung über den Schutz militärischer Anlagen;

c. kritische Infrastrukturen: Informations-, Kommunikations-, Energie-, Transport- und weitere Infrastrukturen, die für das Funktionieren von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat unerlässlich sind.

c. kritische Infrastrukturen: Trinkwasser- und Energieversorgung, Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie weitere Prozesse, Systeme und Einrichtungen, die essentiell für das Funktionieren der Wirtschaft bzw. das Wohlergehen der Bevölkerung sind. *(siehe Anhang, 2. Nachrichtendienstgesetz vom 25. September 2015, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4 und 11. Militärgesetz vom 3. Februar 1995, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)*

Mehrheit

c. Gemäss Ständerat (siehe Anhang, 2 NDG, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4 und Anhang, 11 MG, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)

Minderheit (Sommaruga Carlo, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Seiler Graf)

c. ...

..., Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie grundlegende Spitaleinrichtungen und weitere Prozesse, ... *(siehe Anhang, 2 NDG, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4 und Anhang, 11 MG, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)*

2. Kapitel: Allgemeine Massnahmen**1. Abschnitt: Grundsätze****Art. 6 Informationssicherheit**

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen dafür, dass der Schutzbedarf der Informationen, für die sie zuständig sind, hinsichtlich einer allfälligen Beeinträchtigung der Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 beurteilt wird.

² Sie sorgen dafür, dass diese Informationen, ihrem Schutzbedarf entsprechend:

- a. nur Berechtigten zugänglich sind (Vertraulichkeit);
- b. verfügbar sind, wenn sie benötigt werden (Verfügbarkeit);
- c. nicht unberechtigt oder unbeabsichtigt verändert werden (Integrität);
- d. nachvollziehbar bearbeitet werden (Nachvollziehbarkeit).

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Sie sorgen dafür, dass die Informatikmittel, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben einsetzen, vor Missbrauch und Störung geschützt werden.

⁴ Sie tragen dabei den Grundsätzen der Zweckmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Benutzerfreundlichkeit Rechnung.

Mehrheit

Minderheit (Glättli, Crottaz, Flach, Fridez, Mazzone, Sommaruga Carlo)

Art. 6a Informationssicherheitsmanagement

Die verpflichteten Behörden und Organisationen definieren und betreiben ein System zum Informationssicherheitsmanagement, das auf international anerkannten Standards basiert.

Art. 7 Oberste Führungsverantwortung

¹ Die verpflichteten Behörden sorgen in ihrem Zuständigkeitsbereich dafür, dass die Informationssicherheit nach dem Stand von Wissenschaft und Technik organisiert, umgesetzt und überprüft wird.

² Sie legen fest:

- a. ihre Ziele für die Informationssicherheit;
- b. die Eckwerte für den Umgang mit Risiken;
- c. die Folgen bei Missachtung der Vorschriften.

Art. 7

³ Der Bundesrat legt seine Ziele und die Kosten für die Informationssicherheit den Sicherheitspolitischen Kommissionen zur Konsultation vor.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 8** Risikomanagement

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen in ihrem Zuständigkeitsbereich dafür, dass die Risiken für die Informationssicherheit laufend beurteilt werden.

² Sie treffen die erforderlichen Massnahmen, um die Risiken zu vermeiden oder auf ein tragbares Mass zu reduzieren.

³ Risiken, die getragen werden sollen, müssen nachweislich akzeptiert werden.

Art. 9 Zusammenarbeit mit Dritten

¹ Arbeiten die verpflichteten Behörden und Organisationen mit Dritten zusammen, so sorgen sie dafür, dass die Anforderungen und Massnahmen nach diesem Gesetz in den entsprechenden Vereinbarungen und Verträgen festgehalten werden.

² Sie sorgen für eine angemessene Überprüfung der Umsetzung der Massnahmen.

Art. 10 Vorgehen bei Verletzungen der Informationssicherheit

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen dafür, dass Verletzungen der Informationssicherheit rasch erkannt, deren Ursachen abgeklärt und allfällige Auswirkungen minimiert werden.

² Die verpflichteten Behörden sorgen dafür, dass für allfällige schwerwiegende

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Verletzungen der Informationssicherheit, welche die Erfüllung unverzichtbarer Aufgaben des Bundes gefährden können, Vorsorgeplanungen erstellt und entsprechende Übungen durchgeführt werden.

2. Abschnitt: Klassifizierung von Informationen

Art. 11 Grundsätze der Klassifizierung

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen dafür, dass Informationen, welche die Kriterien nach Artikel 13 erfüllen, klassifiziert werden.

² Die Klassifizierung ist auf das erforderliche Mindestmass zu beschränken und nach Möglichkeit zeitlich zu begrenzen.

Art. 12 Zuständigkeiten

¹ Die verpflichteten Behörden legen fest, welche Personen und Stellen für das Klassifizieren der Informationen zuständig sind (klassifizierende Stellen).

² Klassifizierungen dürfen nur von der klassifizierenden Stelle oder von der Stelle, die dieser übergeordnet ist, geändert oder aufgehoben werden.

³ Der Bundesrat regelt die Entklassifizierung von Archivgut.

Art. 13 Klassifizierungsstufen

Art. 13

¹ Als «intern» werden Informationen klassifiziert, deren Kenntnisnahme durch Unberechtigte die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a–d beeinträchtigen kann.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Als «vertraulich» werden Informationen klassifiziert, deren Kenntnisnahme durch Unberechtigte die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a–d erheblich beeinträchtigen kann.

³ Als «geheim» werden Informationen klassifiziert, deren Kenntnisnahme durch Unberechtigte die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a–d schwerwiegend beeinträchtigen kann.

⁴ Die Klassifizierungsvermerke sind in Grossbuchstaben zu schreiben.

⁴ *Streichen*

Art. 14 Zugang zu klassifizierten Informationen

¹ Zugang zu klassifizierten Informationen erhalten nur Personen, die Gewähr dafür bieten, dass sie damit sachgerecht umgehen, und:

- a. die Informationen zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe benötigen; oder
- b. über eine vertraglich vereinbarte Zugangsberechtigung verfügen und die Informationen zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigen.

² Der Zugang zu klassifiziertem Archivgut richtet sich nach den Bestimmungen der Archivierungsgesetzgebung.

³ Vorbehalten bleiben durch völkerrechtliche Verträge nach Artikel 88 geregelte Zugangsbeschränkungen.

Art. 15 Zugang zu klassifizierten Informationen in besonderen Verfahren

¹ Der Zugang zu klassifizierten Informationen in der Bundesversammlung,

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

in den Parlamentsdiensten sowie in den Gerichten und Staatsanwaltschaften richtet sich nach dem jeweils anwendbaren Verfahrensrecht.

² Vor dem Entscheid, den Zugang zu einer Information nach Absatz 1 zu ermöglichen, kann das zuständige parlamentarische Organ oder das zuständige Gericht die klassifizierende Stelle anhören.

3. Abschnitt: Sicherheit beim Einsatz von Informatikmitteln**Art. 16 Sicherheitsverfahren**

¹ Die verpflichteten Behörden legen ein Verfahren zur Gewährleistung der Informationssicherheit beim Einsatz von Informatikmitteln fest (Sicherheitsverfahren).

² Das Sicherheitsverfahren umfasst insbesondere:

- a. die Beurteilung des Schutzbedarfs der Informationen vor dem Einsatz von Informatikmitteln;
- b. die Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen und deren Überprüfung;
- c. die Zuständigkeit für die Sicherheitsfreigabe von Informatikmitteln;
- d. das Vorgehen bei Veränderung der Risiken.

³ Für die Durchführung des Sicherheitsverfahrens ist die verpflichtete Behörde oder Organisation zuständig, die den Einsatz der Informatikmittel beschliesst.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 17** Sicherheitsstufen

¹ Die Sicherheitsstufe «Grundschatz» gilt für sämtliche Informatikmittel, sofern diese nicht höher eingestuft werden müssen.

² Die Sicherheitsstufe «hoher Schutz» gilt für Informatikmittel, wenn:

- a. eine Verletzung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität oder Nachvollziehbarkeit der Informationen, die damit bearbeitet werden, die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 erheblich beeinträchtigen kann;
- b. ein Missbrauch oder eine Störung des Informatikmittels die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 erheblich beeinträchtigen kann.

³ Die Sicherheitsstufe «sehr hoher Schutz» gilt für Informatikmittel, wenn:

- a. eine Verletzung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität oder Nachvollziehbarkeit der Informationen, die damit bearbeitet werden, die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 schwerwiegend beeinträchtigen kann;
- b. ein Missbrauch oder eine Störung des Informatikmittels die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 schwerwiegend beeinträchtigen kann.

Art. 18 Sicherheitsmassnahmen

¹ Die verpflichteten Behörden legen die Mindestanforderungen für die Sicherheitsstufen nach Artikel 17 fest.

² Die Mindestanforderungen der Sicherheitsstufe «Grundschatz» müssen sämtliche Informatikmittel erfüllen.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Bei Informatikmitteln der Sicherheitsstufe «sehr hoher Schutz» muss die Wirksamkeit der Massnahmen periodisch geprüft werden.

Art. 19 Sicherheit beim Betrieb

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen gewährleisten die Sicherheit der Informatikmittel, die sie für sich selbst oder im Auftrag einer anderen Behörde oder Organisation betreiben.

² Die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen der Netzwerküberwachung richtet sich sinngemäss nach den Artikeln 57i–57q RVOG⁵.

4. Abschnitt: Personelle Massnahmen

Art. 20 Voraussetzungen für den Zugang zu Informationen und Informatikmitteln des Bundes

*Art. 20**Art. 20*

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen dafür, dass Personen, die Zugang zu Informationen, Informatikmitteln, Räumlichkeiten und anderen Infrastrukturen des Bundes haben:

- a. sorgfältig ausgewählt werden;
- b. risikogerecht identifiziert werden;
- c. stufengerecht aus- und weitergebildet werden;
- d. gegebenenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet werden.

² Sie können biometrische Verifikationsmethoden verwenden, wenn dies zur risikogerechten Identifizierung von Personen erforderlich ist. Die

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

biometrischen Daten werden nach dem Wegfall der Zugangsberechtigung vernichtet.

Mehrheit

Minderheit I (Flach, Cattaneo, Dobler, Glanzmann, Gmür Alois, Quadranti)

Minderheit II (Keller-Inhelder, Addor, Amstutz, Clottu, Golay, Pieren, von Siebenthal, Zuberbühler)

³ Sie können zudem die Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Versichertennummer) systematisch als Personenidentifikator verwenden.
(siehe Art. 26)

³ Gemäss Bundesrat
(= Streichen)
(siehe Art. 26)

³ Gemäss Ständerat
(siehe Art. 26)

³ Streichen
(siehe Art. 26)

Art. 21 Restriktive Erteilung von Berechtigungen

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen dafür, dass nur diejenigen Berechtigungen für den Zugang zu Informationen, Informatikmitteln, Räumlichkeiten und anderen Infrastrukturen des Bundes erteilt werden, welche die betreffenden Personen zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

² Die Berechtigungen werden entzogen, sobald die Anstellung oder der Vertrag endet oder die Aufgabe erfüllt ist. Sie dürfen ohne Vorankündigung gesperrt oder entzogen werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Sicherheit vorliegen.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****5. Abschnitt: Physischer Schutz****Art. 22 Grundsatz**

Die verpflichteten Behörden und Organisationen sorgen für einen angemessenen physischen Schutz der Informationen und Informatikmittel, für die sie zuständig sind, vor Missbrauch und Störung.

Art. 23 Sicherheitszonen

¹ Die verpflichteten Behörden und Organisationen können Räumlichkeiten und Bereiche als Sicherheitszone bezeichnen, in denen:

- a. häufig «vertraulich» oder «geheim» klassifizierte Informationen bearbeitet werden; oder
- b. Informatikmittel der Sicherheitsstufe «hoher Schutz» oder «sehr hoher Schutz» betrieben werden.

² Sie sind befugt:

- a. das Mitführen bestimmter Gegenstände, insbesondere von Aufnahmegeräten, zu verbieten;
- b. sicherheitsempfindliche Bereiche mit Aufnahmegeräten zu überwachen;
- c. Taschen- und Personenkontrollen durchzuführen;
- d. unangemeldet Raumkontrollen, auch in Abwesenheit der Angestellten, durchzuführen.

³ Sie können in Sicherheitszonen, in denen «geheim» klassifizierte Informationen häufig bearbeitet oder Informatikmittel der Sicherheitsstufe «sehr hoher Schutz» betrieben werden, störende

Art. 23

² ...

- a. *Betrifft nur den französischen Text*

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Fernmeldeanlagen nach Artikel 34 Absatz 1^{ter} des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997⁶ (FMG) betreiben.

⁴ Vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften für Sicherheitszonen gemäss völkerrechtlichen Verträgen nach Artikel 88 sowie für Schutzzonen von Anlagen nach der Gesetzgebung über den Schutz militärischer Anlagen.

6. Abschnitt: Identitätsverwaltungs-Systeme

Art. 24 Einsatz von Identitätsverwaltungs-Systemen

¹ Die verpflichteten Behörden können zur zentralen Verwaltung der Daten zur Identifizierung von Personen, die Zugang zu Informationen, Informatikmitteln, Räumlichkeiten und anderen Infrastrukturen haben, Informationssysteme betreiben (Identitätsverwaltungs-Systeme).

² Die Identitätsverwaltungs-Systeme prüfen die Identität und berechtigungsbezogene Eigenschaften von Personen, Maschinen und Systemen. Sie übermitteln das Resultat an die angeschlossenen Informationssysteme, damit diese die Berechtigungen ermitteln können.

³ Die verpflichteten Behörden bezeichnen für jedes Identitätsverwaltungs-System eine verantwortliche Stelle.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 25** Datenaustausch und
-abgleich

¹ Die Identitätsverwaltungs-Systeme können mit den angeschlossenen Informationssystemen, mit Personal- und Benutzerverzeichnissen und mit anderen Identitätsverwaltungs-Systemen von verpflichteten Behörden Daten austauschen und abgleichen.

² Der Austausch und Abgleich ist auf die Daten zu begrenzen, die im jeweiligen System bearbeitet werden dürfen.

Art. 26 Verwendung der AHV-
Versichertennummer**Art. 26****Art. 26**
Mehrheit

Minderheit I (Flach, Cattaneo, Dobler, Glanzmann, Gmür Alois, Quadranti)

Minderheit II (Keller-Inhelder, Addor, Amstutz, Clottu, Golay, Pieren, von Siebenthal, Zuberbühler)

¹ Die verantwortliche Stelle kann für die korrekte Zuordnung beim Abgleich von Personendaten die Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946⁷ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Versichertennummer) im Identitätsverwaltungs-System vorübergehend verwenden, um eine nicht zurückrechenbare Personennummer zu erzeugen.

Streichen
(siehe Art. 20 Abs. 3)

Gemäss Bundesrat
(siehe Art. 20 Abs. 3)

Gemäss Ständerat (= Streichen)
(siehe Art. 20 Abs. 3)

Streichen
(siehe Art. 20 Abs. 3)

² Die AHV-Versichertennummer wird unmittelbar nach

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

der Berechnung der abgeleiteten
Personennummer gelöscht.

Art. 27 Ausführungsbestimmungen

Die verpflichteten Behörden erlassen
Ausführungsbestimmungen insbesondere
über:

- a. den Datenschutz und die
Datensicherheit;
- b. die bearbeiteten Personendaten;
- c. den Datenaustausch und -abgleich mit
anderen Systemen;
- d. die Protokollierung und die Weitergabe
von Protokolldaten an die angeschlosse-
nen Informationssysteme;
- e. die periodische Kontrolle der
Bearbeitung von Personendaten durch
eine externe Stelle.

3. Kapitel: Personensicherheitsprüfung**1. Abschnitt: Allgemeine
Bestimmungen****Art. 28** Prüfzweck und Prüfungsinhalt

¹ Die Personensicherheitsprüfung dient
zur Beurteilung, ob ein Risiko für die
Informationssicherheit bestehen könn-
te, wenn eine Person im Rahmen ihrer
Funktion oder eines Auftrags eine sicher-
heitsempfindliche Tätigkeit ausübt.

² Zu diesem Zweck werden sicherheits-
relevante Daten über die Lebensführung
der zu prüfenden Person, insbeson-
dere über ihre engen persönlichen
Beziehungen und familiären Verhältnisse,
ihre finanzielle Lage und ihre
Beziehungen zum Ausland, bearbeitet.

Bundesrat

³ Daten über die Ausübung verfassungsmässiger Rechte dürfen nur dann bearbeitet werden, wenn ein konkreter Verdacht besteht, dass die zu prüfende Person diese Rechte ausübt, um Tätigkeiten vorzubereiten oder auszuüben, welche die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 erheblich beeinträchtigen können.

Art. 29 Funktionenliste

¹ Die verpflichteten Behörden erlassen für ihren Zuständigkeitsbereich eine Liste der Funktionen, welche die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit erfordern.

² Sie prüfen periodisch die Richtigkeit der Liste und passen sie an.

Art. 30 Zu prüfende Personen

¹ Eine Personensicherheitsprüfung wird bei Personen durchgeführt, die:

- a. eine Funktion ausüben, die in einer Liste nach Artikel 29 enthalten ist;

- b. als Angestellte eines Kantons im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Bund oder beim Vollzug von Bundesrecht eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben;

- c. für eine verpflichtete Behörde oder Organisation einen Auftrag ausführen, der die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit einschliesst;
- d. aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrags nach Artikel 88 einer Personensicherheitsprüfung unterzogen werden müssen.

Ständerat**Art. 30**

¹ Eine Personensicherheitsprüfung wird durchgeführt bei:

- a. Angestellten des Bundes, externen Mitarbeitenden und Angehörigen der Armee, die eine Funktion ausüben, die in einer Liste nach Artikel 29 enthalten ist;
- b. Angestellten eines Kantons, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben;

- c. Dritten, die für eine verpflichtete Behörde oder Organisation einen Auftrag ausführen, der die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit einschliesst;
- d. Personen, die aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrags nach Artikel 88 einer Personensicherheitsprüfung unterzogen werden müssen.

Kommission des Nationalrates**Art. 30**

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Soll eine Person von einer ausländischen Behörde oder internationalen Organisation mit der Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden, so wird die Personensicherheitsprüfung durchgeführt, sofern die Schweiz mit dem betreffenden Staat oder der betreffenden internationalen Organisation einen völkerrechtlichen Vertrag nach Artikel 88 abgeschlossen hat.

³ Personen, die eine Funktion ausüben, die noch nicht in einer Liste nach Artikel 29 enthalten ist, können mit Zustimmung der verpflichteten Behörde ausnahmsweise einer Personensicherheitsprüfung unterzogen werden. Die betreffende Liste muss bei nächster Gelegenheit angepasst werden.

⁴ Nicht durchgeführt wird die Personensicherheitsprüfung bei Anwärterinnen und Anwärtern auf folgende Funktionen:

- a. Mitglied der Bundesversammlung;
- b. Mitglied des Bundesrates, Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler;
- c. Richterin oder Richter eines eidgenössischen Gerichts;
- d. Bundesanwältin oder Bundesanwalt;
- e. Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft;
- f. General;
- g. Mitglied einer kantonalen Regierung sowie Richterin oder Richter eines kantonalen Gerichts.

⁴ *Betrifft nur den französischen Text.*

- g. Kantonale Magistratsperson, die vom Volk oder vom kantonalen Parlament gewählt wird.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 31** Prüfstufen

Die verpflichteten Behörden ordnen den sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten eine der folgenden Prüfstufen zu:

- a. Grundsicherheitsprüfung: für sicherheitsempfindliche Tätigkeiten, bei deren vorschriftswidriger oder unsachgemässer Ausübung die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 erheblich beeinträchtigt werden können.
- b. erweiterte Personensicherheitsprüfung: für sicherheitsempfindliche Tätigkeiten, bei deren vorschriftswidriger oder unsachgemässer Ausübung die Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 schwerwiegend beeinträchtigt werden können.

2. Abschnitt: Durchführung**Art. 32** Zuständige Stellen

¹ Die verpflichteten Behörden und die Kantone legen fest, welche Stellen zuständig sind für:

- a. die Einleitung der Personensicherheitsprüfungen (einleitende Stellen);
- b. den Entscheid über die Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit (entscheidende Stellen).

² Der Bundesrat setzt für die Durchführung der Personensicherheitsprüfungen eine oder mehrere Fachstellen ein (Fachstellen PSP). Diese sind in ihrer Beurteilung weisungsungebunden.

Art. 33 Einwilligung und Mitwirkung

¹ Personensicherheitsprüfungen dürfen nur mit der Einwilligung der zu prüfenden Person durchgeführt werden.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Stellungspflichtige sowie Angehörige der Armee und des Zivilschutzes dürfen ohne deren Einwilligung geprüft werden.

³ Die zu prüfende Person ist verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken.

Art. 34 Zeitpunkt der Personensicherheitsprüfung

¹ Bei Personen nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a und b muss die Personensicherheitsprüfung eingeleitet werden, bevor die Funktion übertragen wird.

² Bei Personen nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a, die dem Bundesrat zur Wahl vorgeschlagen werden sollen, muss die Personensicherheitsprüfung abgeschlossen sein, bevor die Person zur Wahl vorgeschlagen wird.

³ Bei Personen nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe c muss die Personensicherheitsprüfung abgeschlossen sein, bevor sie mit der Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit beauftragt wird.

⁴ Bei Personen nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d richtet sich der Zeitpunkt der Personensicherheitsprüfung nach den Bestimmungen des entsprechenden Vertrags.

Art. 35 Datenerhebung

¹ Die zuständige Fachstelle PSP kann für die Grundsicherheitsprüfung aus folgen-

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

den Quellen Daten über die zu prüfende Person erheben:

- a. aus dem Strafregister;
- b. bei den Strafbehörden durch Einholen von Auskünften und Akten über laufende, abgeschlossene oder eingestellte Strafverfahren;
- c. bei den Sicherheitsorganen des Bundes, dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB), den Organen der Armee sowie weiteren Organen des Bundes, sofern diese Daten bearbeiten, die für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos erforderlich sind;
- d. aus den Registern und Akten der Sicherheitsorgane der Kantone sowie der Polizei;
- e. aus den Registern der Betreibungs- und Konkursbehörden;
- f. aus den Akten bisheriger Personensicherheitsprüfungen;
- g. aus öffentlich zugänglichen Quellen.

² Sie kann für die erweiterte Personensicherheitsprüfung zudem aus folgenden Quellen Daten erheben:

- a. bei den eidgenössischen und kantonalen Steuerbehörden;
- b. aus den Registern der Einwohnerkontrollen;
- c. bei Finanzinstituten und Banken, mit welchen die zu prüfende Person Geschäftsbeziehungen unterhält;
- d. durch Befragung der zu prüfenden Person.

³ Ergeben sich gestützt auf die erhobenen Daten konkrete Hinweise auf ein Sicherheitsrisiko oder sind für die Beurteilung nicht genügend Daten über einen hinreichenden Zeitraum vorhanden, so kann die Fachstelle PSP die zu prüfende Person befragen. Sie kann mit der Einwilligung der zu prüfenden Person

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

auch Dritte befragen; sie macht die Drittperson darauf aufmerksam, dass sie freiwillig Auskunft gibt.

⁴ Daten über Dritte, die untrennbar mit Daten über die zu prüfende Person verbunden sind, dürfen nur bearbeitet werden, wenn dies für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos unerlässlich ist. Die Fachstelle PSP informiert die betroffenen Dritten über die Bearbeitung.

Art. 36 Amtshilfe

¹ Müssen die Daten bei einer ausländischen Behörde oder internationalen Organisation erhoben werden, so erfolgt dies über die zuständige Behörde oder Organisation nach Artikel 35.

² Ergibt die Datenerhebung konkrete Hinweise auf das organisierte oder internationale Verbrechen, so konsultiert die Fachstelle PSP die kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes. Die Zentralstellen geben der Fachstelle PSP nur sicherheitsrelevante Personendaten bekannt.

Art. 37 Kostentragung

¹ Behörden und Organisationen des öffentlichen Rechts, bei denen Daten erhoben werden dürfen oder die am Verfahren mitwirken müssen, sind verpflichtet, unentgeltlich mitzuwirken.

² Entsteht für Dritte durch die Mitwirkung ein erheblicher Aufwand, so werden sie dafür entschädigt.

³ Der Bund trägt die Kosten der Personensicherheitsprüfungen von

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Angestellten der Kantone nach Artikel 30
Absatz 1 Buchstabe b.

Art. 38 Einstellung

¹ Die Fachstelle PSP stellt das Prüfverfahren ein, wenn die zu prüfende Person ihre Einwilligung zurückzieht oder für die Funktion oder für den Auftrag nicht mehr in Frage kommt.

² Sie teilt die Einstellung des Prüfverfahrens der betreffenden Person und der einleitenden Stelle mit. Die betreffende Person gilt damit als nicht geprüft.

3. Abschnitt: Beurteilung des Sicherheitsrisikos**Art. 39** Sicherheitsrisiko

¹ Ein Sicherheitsrisiko besteht, wenn aufgrund der erhobenen Daten konkrete Anhaltspunkte vorliegen, dass die geprüfte Person die sicherheitsempfindliche Tätigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit vorschriftswidrig oder unsachgemäss ausüben wird.

² Die Wahrscheinlichkeit einer vorschriftswidrigen oder unsachgemässen Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit kann insbesondere dann als hoch gelten, wenn konkrete Anhaltspunkte für folgende persönliche Eigenschaften vorliegen:

- a. mangelnde persönliche Integrität oder Vertrauenswürdigkeit;
- b. Erpressbarkeit oder Bestechlichkeit; oder
- c. beeinträchtigtes Urteils- oder Entscheidungsvermögen.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Das Sicherheitsrisiko muss ungeachtet des Verschuldens der geprüften Person aufgrund der tatsächlichen Umstände ihrer persönlichen Verhältnisse festgestellt werden.

Art. 40 Ergebnis der Beurteilung

¹ Die Fachstelle PSP stellt das Ergebnis der Beurteilung als eine der folgenden Erklärungen mit der nachstehenden Bedeutung aus:

- a. Sicherheitserklärung: Es besteht kein Sicherheitsrisiko.
- b. Sicherheitserklärung mit Vorbehalt: Es besteht ein Sicherheitsrisiko, das mit Auflagen auf ein tragbares Mass reduziert werden kann. Die Fachstelle PSP empfiehlt entsprechende Auflagen.
- c. Risikoerklärung: Es besteht ein Sicherheitsrisiko.
- d. Feststellungserklärung: Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos sind nicht genügend Daten über einen hinreichenden Zeitraum vorhanden.

² Bevor die Fachstelle PSP eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstaben b–d ausstellt, gibt sie der geprüften Person die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Art. 41 Mitteilung

¹ Die Fachstelle PSP teilt ihre Erklärung der geprüften Person sowie der entscheidenden Stelle schriftlich mit.

² Bei den vom Bundesrat zu wählenden Personen teilt die Fachstelle PSP ihre Erklärung dem antragstellenden Departement mit.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Sie kann einer anderen entscheidenden Stelle die Erklärung mitteilen, wenn die geprüfte Person:

- a. für eine andere sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach diesem Gesetz einer Personensicherheitsprüfung untersteht;
- b. einer Prüfung der Vertrauenswürdigkeit nach einem anderen Bundesgesetz untersteht;
- c. als Angehörige der Armee einer Prüfung nach Artikel 113 des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995⁸ untersteht.

⁴ Liegen der Fachstelle PSP bereits vor Abschluss der Beurteilung konkrete Anhaltspunkte vor, dass ein Sicherheitsrisiko bestehen könnte, so kann sie den Stellen nach den Absätzen 1–3 sowie der zu prüfenden Person die vorläufigen Erkenntnisse schriftlich mitteilen.

4. Abschnitt: Folgen der Erklärung

Art. 42 Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit

Art. 42

¹ Die Erklärungen der Fachstellen PSP haben empfehlenden Charakter.

² Die entscheidende Stelle entscheidet gestützt auf die Erklärung, ob die geprüfte Person die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben darf.

² Die Stelle nach Artikel 32 Absatz 1 Buchstabe b entscheidet nach Kenntnisnahme der Beurteilung, ob ...

³ Sie kann die Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit mit Auflagen verbinden.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁴ Sie teilt ihren Entscheid der Fachstelle PSP mit.

Art. 43 Mehrmalige Verwendung einer Erklärung

Auf die Durchführung der Personensicherheitsprüfung kann verzichtet werden, wenn für die betreffende Person bereits eine Erklärung derselben oder der höheren Prüfstufe ausgestellt wurde:

- a. für eine andere sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach diesem Gesetz;
- b. im Rahmen einer Prüfung der Vertrauenswürdigkeit nach einem andern Bundesgesetz.

Art. 44 Wiederholung

¹ Die Personensicherheitsprüfung wird wie folgt wiederholt:

- a. Grundsicherheitsprüfung: frühestens nach fünf, spätestens aber nach zehn Jahren;
- b. erweiterte Personensicherheitsprüfung: frühestens nach drei, spätestens aber nach fünf Jahren.

² Der Bundesrat kann für Funktionen der Armee und des Zivilschutzes von der Wiederholung der Grundsicherheitsprüfung absehen.

³ Hat die einleitende oder die entscheidende Stelle Grund anzunehmen, dass seit der letzten Prüfung neue Risiken entstanden sind, so kann sie bei der zuständigen Fachstelle PSP mit schriftlicher Begründung eine Wiederholung der Personensicherheitsprüfung verlangen.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 45 Rechtsschutz**

¹ Die geprüfte Person hat nach Erhalt der Erklärung nach Artikel 40 Absatz 1 30 Tage Zeit, um:

- a. Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu nehmen;
- b. die Berichtigung falscher Daten oder die Vernichtung nicht mehr aktueller Daten zu verlangen;
- c. einen Bestreitungsvermerk anbringen zu lassen.

² Die Einschränkung des Auskunftsrechts richtet sich nach Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁹ über den Datenschutz (DSG).

³ Die Erklärung stellt einen Realakt nach Artikel 25a des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968¹⁰ dar. Die geprüfte Person kann gegen eine Erklärung nach Artikel 40 Absatz 1 Buchstaben b–d innerhalb von 30 Tagen nach deren Mitteilung beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde führen.

⁴ Ist das Bundesgericht oder das Bundesverwaltungsgericht die entscheidende Stelle, so gilt Artikel 36 Absätze 2 und 4 des Bundespersonalgesetzes vom 24. März 2000¹¹ sinngemäss.

⁵ Das Beschwerdeverfahren richtet sich im Übrigen nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege.

⁹ SR 235.1

¹⁰ SR 172.021

¹¹ SR 172.220.1

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****5. Abschnitt: Bearbeitung von
Personendaten****Art. 46** Informationssystem zur
Personensicherheitsprüfung

¹ Die Fachstellen PSP betreiben zur Durchführung der Personensicherheitsprüfungen ein Informationssystem.

² Jede Fachstelle PSP ist für die rechtmässige Bearbeitung der Personendaten im Informationssystem verantwortlich.

³ Im Informationssystem können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstaben c und d DSGVO¹² bearbeitet werden, sofern dies zur Beurteilung des Sicherheitsrisikos erforderlich ist.

⁴ Das Informationssystem enthält folgende Daten und Angaben:

- a. Daten zur Identität der zu prüfenden oder geprüften Personen, einschliesslich der AHV-Versichertennummer und der Passnummer;
- b. die Daten nach den Artikeln 35 und 36;
- c. die Beurteilung des Sicherheitsrisikos;
- d. die Erklärung nach Artikel 40 Absatz 1;
- e. den Entscheid der entscheidenden Stelle;
- f. Daten und Akten aus Beschwerdeverfahren;
- g. Listen und Statistiken, die Daten nach den Buchstaben a–f enthalten.

⁵ Werden Daten nach Absatz 4 ausserhalb des Informationssystems bearbeitet, so muss dies im Informationssystem vermerkt werden.

¹² SR 235.1

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁶ Die Daten nach Absatz 4 können automatisch und systematisch durch Abfrage der folgenden Informationssysteme erhoben werden:

- a. Strafregister-Informationssystem VOSTRA nach den Artikeln 365–371a des Strafgesetzbuchs¹³;
- b. nationaler Polizeiindex nach Artikel 17 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008¹⁴ über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes;
- c. INDEX NDB nach Artikel 51 des Nachrichtendienstgesetzes vom 25. September 2015¹⁵;

Art. 47 Zugriffsrechte und Datenbekanntgabe

¹ Die folgenden Stellen haben im Abrufverfahren Zugriff auf die nachstehenden Daten im Informationssystem:

- a. einleitende Stellen: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstabe b, die sie anlässlich der Einleitung der Prüfung selber erfasst haben, sowie die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a, d und e;
- b. entscheidende Stellen: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a, d und e;
- c. Informationssicherheitsbeauftragte nach Artikel 82 zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a, d und e;
- d. Stellen des Bundes und der Kantone, bei denen Daten nach Artikel 38 erhoben werden: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstabe a.

¹³ SR 311.0

¹⁴ SR 361

¹⁵ SR 121

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Die folgenden Stellen haben über eine Schnittstelle Zugriff auf die nachstehenden Daten im Informationssystem:

a. die Fachstelle nach Artikel 52

Absatz 2 zur Durchführung des Betriebssicherheitsverfahrens nach den Artikeln 50–74 über das Informationssystem nach Artikel 71: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4

Buchstaben a, d und e;

b. die Gruppe Verteidigung:

1. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 13 des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 2008¹⁶ über die militärischen Informationssysteme (MIG) über das Personalinformationssystem der Armee nach Artikel 12 MIG: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a, d und e,

2. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 19 MIG über das Informationssystem Rekrutierung nach Artikel 18 MIG: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a und e,

3. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 157 MIG über das Informationssystem Besuchsanträge nach Artikel 156 MIG: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a und e,

4. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 163 MIG über das Informationssystem Zutrittskontrolle nach Artikel 162 MIG: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a und e;

c. die Stelle, die für die Sicherheitsbescheinigung im internationalen Verhältnis nach Artikel 49 Buchstabe c zuständig ist: auf die Daten nach Artikel 46 Absatz 4 Buchstaben a, d und e.

³ Die Fachstellen PSP können zudem Daten nach Artikel 46 Absatz 4

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Buchstaben a und e weiteren Stellen des Bundes bekanntgeben, sofern dies zur Kontrolle des Zutritts zu einer Sicherheitszone erforderlich ist.

⁴ Sie können den verpflichteten Behörden und Organisationen Listen und Statistiken nach Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe g bekanntgeben, sofern dies zur Erfüllung von deren Kontrollaufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist.

Art. 48 Datenaufbewahrung, -archivierung und -vernichtung

¹ Die Fachstellen PSP können Befragungen nach Artikel 35 Absätze 2 Buchstabe d und 3 mit technischen Geräten aufnehmen und auf Datenträgern aufbewahren.

² Sie bewahren die Daten so lange auf, wie die betreffende Person die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausübt, längstens jedoch zehn Jahre.

³ Die Archivierung der Daten richtet sich nach den Vorschriften der Archivierungsgesetzgebung.

⁴ Wird das Prüfverfahren eingestellt, tritt eine geprüfte Person die vorgesehene Funktion nicht an oder lehnt sie den Auftrag ab, so werden alle mit der Personensicherheitsprüfung zusammenhängenden Daten und Akten spätestens nach drei Monaten vernichtet.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****6. Abschnitt: Bestimmungen des Bundesrats****Art. 49**

Der Bundesrat regelt:

- a. das Verfahren der Personensicherheitsprüfung;
- b. die Organisation der Fachstellen PSP;
- c. die Sicherheitsbescheinigung für Personen im internationalen Verhältnis;
- d. die Verantwortung für den Datenschutz in Zusammenhang mit dem Informationssystem nach Artikel 46 sowie die Datensicherheit;
- e. die periodische Kontrolle der Bearbeitung von Personendaten durch eine externe Stelle.

4. Kapitel: Betriebssicherheitsverfahren**1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen****Art. 50** Verfahrenszweck

Das Betriebssicherheitsverfahren dient zur Gewährleistung der Informationssicherheit bei der Erfüllung von öffentlichen Aufträgen durch Unternehmen und Subunternehmen oder Teile davon (Betriebe), sofern die Aufträge die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit einschliessen (sicherheitsempfindliche Aufträge).

Art. 51 Betroffene Betriebe

¹ Das Betriebssicherheitsverfahren kann durchgeführt werden bei Betrieben:

- a. die einen sicherheitsempfindlichen

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Auftrag einer verpflichteten Behörde oder Organisation ausführen sollen;
 b. mit Sitz in der Schweiz, die sich um einen Auftrag bewerben, für den sie eine Betriebssicherheitsbescheinigung nach Artikel 67 benötigen.

² Das Verfahren darf nur mit Einwilligung des Betriebs durchgeführt werden.

³ Die Betriebe nach Absatz 1 Buchstabe b tragen die Kosten des Verfahrens.

Art. 52 Einstellung des Verfahrens

¹ Das Betriebssicherheitsverfahren wird eingestellt, wenn der Betrieb:
 a. seine Einwilligung zurückzieht oder am Verfahren nicht mitwirkt;
 b. sein Angebot zurückzieht;
 c. für den Auftrag nicht mehr in Frage kommt.

² Die für die Durchführung des Betriebssicherheitsverfahrens zuständige Fachstelle (Fachstelle BS) teilt dem Betrieb und der den Auftrag vergebenden Behörde oder Organisation (Auftraggeberin) die Einstellung des Verfahrens mit.

2. Abschnitt: Einleitung des Betriebssicherheitsverfahrens**Art. 53 Antrag auf Einleitung**

¹ Verpflichtete Behörden und Organisationen beantragen der Fachstelle BS die Einleitung des Verfahrens, wenn sie beabsichtigen, einen sicherheitsempfindlichen Auftrag zu vergeben.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Die verpflichteten Behörden legen fest, welche Stellen für die Antragstellung zuständig sind.

³ Für Betriebe nach Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe b stellt die zuständige ausländische Behörde oder internationale Organisation den Antrag.

Art. 54 Prüfung des Antrags

¹ Die Fachstelle BS prüft den Antrag und leitet das Verfahren ein.

² Sie kann im Einvernehmen mit der Auftraggeberin auf die Einleitung verzichten, wenn das Sicherheitsrisiko mit anderen Massnahmen auf ein tragbares Mass reduziert werden kann. Sie empfiehlt entsprechende Massnahmen.

Art. 55 Festlegung der Sicherheitsanforderungen

Die Fachstelle BS legt in Absprache mit der Auftraggeberin die Anforderungen an die Informationssicherheit für das Vergabeverfahren und die Auftragserfüllung fest.

3. Abschnitt: Beurteilung der Betriebe**Art. 56** Eignung

¹ Die Auftraggeberin teilt der Fachstelle BS mit, welche Betriebe für die Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags in Frage kommen.

² Die Fachstelle BS beurteilt, ob diese Betriebe zur Ausführung des sicherheits-

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

empfindlichen Auftrags geeignet sind oder ob ein Sicherheitsrisiko besteht.

³ Sie ist in ihrer Beurteilung weisungsun-
gebunden.

Art. 57 Datenerhebung

¹ Die Fachstelle BS kann zur Beurteilung der Eignung Daten erheben:

- a. beim Betrieb;
- b. beim NDB;
- c. aus öffentlich zugänglichen Quellen.

² Sie kann ausländische und internationale Dienststellen um die Zustellung entsprechender Daten ersuchen. Anfragen an ausländische Nachrichtendienste erfolgen über den NDB.

Art. 58 Sicherheitsrisiko

¹ Ein Sicherheitsrisiko besteht, wenn aufgrund der erhobenen Daten konkrete Anhaltspunkte vorliegen, dass der Betrieb den sicherheitsempfindlichen Auftrag mit hoher Wahrscheinlichkeit vorschriftswidrig oder unsachgemäss ausführen wird.

² Die Wahrscheinlichkeit einer vorschriftswidrigen oder unsachgemässen Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags kann insbesondere dann als hoch gelten, wenn:

- a. der Betrieb mangelnde Integrität oder Vertrauenswürdigkeit aufweist;
- b. der Betrieb von ausländischen Staaten oder Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts kontrolliert oder beeinflusst wird und diese Kontrolle oder dieser Einfluss nicht mit dem Schutz der Interessen nach Artikel 1 Absatz 2 vereinbar ist;

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

c. für Personen des Betriebs, die für die Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags unentbehrlich sind, eine Risikoerklärung ausgestellt wurde.

³ Das Sicherheitsrisiko muss ungeachtet eines Verschuldens aufgrund der tatsächlichen Umstände und Verhältnisse des betroffenen Betriebs festgestellt werden.

Art. 59 Eröffnung der Beurteilung und Ausschluss aus dem Vergabeverfahren

¹ Die Fachstelle BS teilt ihre Beurteilung der Auftraggeberin mit und eröffnet sie dem Betrieb durch Verfügung.

² Kommt die Fachstelle BS zum Schluss, dass die Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags mit einem Sicherheitsrisiko verbunden ist, so schliesst die Auftraggeberin den Betrieb vom Vergabeverfahren aus.

³ Ist die Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags bei allen in Frage kommenden Betrieben mit einem Sicherheitsrisiko verbunden, so kann die Auftraggeberin trotzdem einem dieser Betriebe den Auftrag erteilen. Die Fachstelle BS stellt das Betriebssicherheitsverfahren ein. Die Auftraggeberin wendet die Massnahmen nach den Artikeln 60, 61, 64 und 65 analog an.

4. Abschnitt: Sicherheitskonzept

Art. 60 Zuschlag und Sicherheitskonzept

¹ Die Auftraggeberin teilt der Fachstelle BS mit, welcher Betrieb den Zuschlag erhält.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Der Betrieb erstellt nach den Vorgaben der Fachstelle BS ein Sicherheitskonzept.

³ Die Fachstelle BS prüft das Sicherheitskonzept. Sie kann die dazu erforderlichen Daten schriftlich erheben oder den Betrieb inspizieren.

Art. 61 Personensicherheitsprüfungen

¹ Personen des Betriebs, die für eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit vorgesehen sind, werden einer Personensicherheitsprüfung unterzogen.

² Die Fachstelle BS ist für den Entscheid nach Artikel 42 Absatz 2 zuständig. Wird das Verfahren eingestellt, weil sich kein Betrieb für die Ausführung des Auftrags eignet (Art. 59 Abs. 3), so ist die Auftraggeberin für den Entscheid zuständig.

5. Abschnitt: Betriebssicherheitserklärung**Art. 62 Ausstellung der Betriebssicherheitserklärung**

¹ Die Fachstelle BS stellt dem Betrieb eine Betriebssicherheitserklärung in Form einer Verfügung aus, sobald dieser das Sicherheitskonzept nachweislich umgesetzt hat.

² Sie verweigert dem Betrieb die Betriebssicherheitserklärung und stellt das Betriebssicherheitsverfahren ein, wenn er das Sicherheitskonzept nicht umsetzt. Sie erlässt eine entsprechende Verfügung.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³Die Verfügungen nach den Absätzen 1 und 2 werden der Auftraggeberin mitgeteilt.

⁴Die Auftraggeberin ist an die Verfügung der Fachstelle BS gebunden; vorbehalten bleibt Artikel 59 Absatz 3.

⁵Die Gültigkeit der Betriebssicherheitserklärung beträgt fünf Jahre.

Art. 63 Ausführung des sicherheitsempfindlichen Auftrags

Die Auftraggeberin darf den sicherheitsempfindlichen Auftrag erst ausführen lassen, wenn die Fachstelle BS die Betriebssicherheitserklärung ausgestellt hat.

Art. 64 Pflichten des Betriebs

¹Betriebe, die über eine Betriebssicherheitserklärung verfügen, müssen die Massnahmen des Sicherheitskonzepts laufend umsetzen.

²Sie melden der Fachstelle BS und der Auftraggeberin unverzüglich alle sicherheitsrelevanten Änderungen und Vorfälle.

Art. 65 Kontrollen und Schutzmassnahmen

¹Die Fachstelle BS ist befugt:
a. Bereiche, in denen der sicherheitsempfindliche Auftrag ausgeführt wird, ohne Vorankündigung zu inspizieren;
b. auftragsrelevante Unterlagen einzusehen.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Liegen konkrete Anhaltspunkte vor, dass die Informationssicherheit in einem Betrieb gefährdet ist, so kann die Fachstelle BS umgehend die erforderlichen Schutzmassnahmen treffen und insbesondere Unterlagen und Material sicherstellen.

Art. 66 Vereinfachtes Verfahren bei der Vergabe weiterer sicherheitsempfindlicher Aufträge

Betriebe, die über eine Betriebssicherheitserklärung verfügen, gelten für weitere sicherheitsempfindliche Aufträge als geeignet. Die Fachstelle BS prüft, ob das Sicherheitskonzept angepasst werden muss.

Art. 67 Internationale Betriebssicherheitsbescheinigung

Die Fachstelle BS stellt dem Betrieb auf dessen Antrag hin eine internationale Betriebssicherheitsbescheinigung aus.

Art. 68 Widerruf der Betriebssicherheitserklärung

¹ Die Fachstelle BS widerruft die Betriebssicherheitserklärung, wenn:

- a. der Betrieb seine Pflichten nach Artikel 64 nicht erfüllt;
- b. sich im Rahmen einer Wiederholung des Verfahrens ein Sicherheitsrisiko ergibt.

² Sie teilt ihre Verfügung dem Betrieb und der Auftraggeberin mit.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Wird die Betriebssicherheitserklärung widerrufen, so zieht die Auftraggeberin den Auftrag umgehend zurück; vorbehalten bleibt Artikel 59 Absatz 3. Der Betrieb hat keinen Anspruch auf Entschädigung.

6. Abschnitt: Wiederholung des Verfahrens und Rechtsschutz**Art. 69** Wiederholung des Verfahrens

Das Betriebssicherheitsverfahren wird wiederholt, wenn:

- a. im Zeitpunkt des Ablaufs der Gültigkeit der Betriebssicherheitserklärung ein sicherheitsempfindlicher Auftrag hängig ist;
- b. konkrete Anhaltspunkte vorliegen, dass in Folge wesentlicher Änderungen im Betrieb neue Sicherheitsrisiken entstanden sind.

Art. 70 Rechtsschutz

¹ Der Betrieb hat nach Eröffnung einer Verfügung der Fachstelle BS 30 Tage Zeit, um:

- a. Einsicht in die Unterlagen zu nehmen;
- b. die Berichtigung falscher Daten oder die Vernichtung nicht mehr aktueller Daten zu verlangen;
- c. einen Bestreitungsvermerk anbringen zu lassen;
- d. beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde zu führen.

² Die Einschränkung des Auskunftsrechts richtet sich nach Artikel 9 DSGVO¹⁷.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****7. Abschnitt: Bearbeitung von
Personendaten****Art. 71** Informationssystem zum
Betriebssicherheitsverfahren

¹ Die Fachstelle BS betreibt zur Durchführung und Bewirtschaftung des Betriebssicherheitsverfahrens ein Informationssystem.

² Im Informationssystem können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstaben c und d DSGVO¹⁸ bearbeitet werden, sofern dies zur Durchführung des Betriebssicherheitsverfahrens erforderlich ist.

³ Das Informationssystem enthält folgende Daten und Angaben:

- a. die Daten nach den Artikeln 57 und 60 Absatz 3;
- b. das Ergebnis der Beurteilung nach Artikel 56 Absatz 2;
- c. die Ergebnisse der für das Betriebssicherheitsverfahren erforderlichen Personensicherheitsprüfungen nach Artikel 61 Absatz 1;
- d. den Entscheid der Fachstelle BS nach Artikel 61 Absatz 2;
- e. die Namen aller Betriebe mit einer Betriebssicherheitserklärung;
- f. die Massnahmen allfälliger Kontrollen nach Artikel 65;
- g. Daten und Akten aus Beschwerdeverfahren.

⁴ Die Fachstelle BS ist für die Sicherheit des Informationssystems sowie die rechtmässige Bearbeitung der Personendaten verantwortlich.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 72** Zugriffsrechte und
Datenbekanntgabe

¹ Die folgenden Stellen haben im
Abrufverfahren Zugriff auf die nachste-
henden Daten:

- a. Auftraggeberinnen: auf die Daten nach
Artikel 71 Absatz 3 Buchstaben b und
d–g;
- b. betroffene Betriebe, sofern sie vom
Bundesrat gestützt auf Artikel 32 Absatz
1 Buchstabe a ermächtigt worden
sind, in ihrem Zuständigkeitsbereich
Personensicherheitsprüfungen einzulei-
ten: auf die Daten nach Artikel 71 Absatz
3 Buchstabe d.

² Die Fachstelle BS kann zudem Daten
nach Artikel 71 Absatz 3 Buchstaben b–d
weiteren Stellen des Bundes bekanntge-
ben, sofern dies zur Gewährleistung der
Informationssicherheit erforderlich ist.

Art. 73 Datenaufbewahrung, -archivie-
rung und -vernichtung

¹ Die Fachstelle BS bewahrt die Daten so
lange auf, wie der betroffene Betrieb im
Besitz einer Betriebssicherheitserklärung
ist, längstens jedoch zehn Jahre.

² Die Archivierung der Daten rich-
tet sich nach den Vorschriften der
Archivierungsgesetzgebung.

³ Wird das Betriebssicherheitsverfahren
eingestellt, so werden alle damit zusam-
menhängenden Daten und Akten spätes-
tens nach drei Monaten vernichtet.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****8. Abschnitt: Bestimmungen des Bundesrats****Art. 74**

Der Bundesrat regelt:

- a. das Betriebssicherheitsverfahren im Einzelnen;
- b. die Anwendung des Betriebssicherheitsverfahrens auf Subunternehmen;
- c. die Organisation der Fachstelle BS;
- d. die Datensicherheit im Informationssystem nach Artikel 71;
- e. die periodische Kontrolle der Bearbeitung von Personendaten durch eine externe Stelle.

5. Kapitel: Kritische Infrastrukturen**Art. 75 Aufgaben des Bundes**

¹ Der Bund unterstützt die Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen, um zu gewährleisten, dass Netz- und Systemunterbrechungen sowie Missbräuche selten, von kurzer Dauer und beherrschbar sind und das Schadensausmass gering ist.

² Die Unterstützung im Bereich der Informationssicherheit umfasst:

- a. die frühzeitige Identifizierung und Bewertung von Bedrohungen, Gefahren, Schwachstellen und Sicherheitslücken;
- b. die Erkennung von Vorfällen;
- c. die Erhaltung und Wiederherstellung der Informationssicherheit nach einem Vorfall;
- d. die Nachbearbeitung von Vorfällen.

³ Der Bund führt einen nationalen Frühwarndienst und eine Anlaufstelle für

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

präventive und reaktive Massnahmen
im Bereich der technischen
Informationssicherheit.

⁴ Er sorgt dafür, dass die Betreiberinnen
von kritischen Infrastrukturen mit den
zuständigen Stellen des Bundes sowie
gegenseitig Informationen sicher austau-
schen können.

⁵ Der Bundesrat bezeichnet die für die-
se Aufgaben zuständigen Stellen des
Bundes.

Art. 76 Bearbeitung von Personendaten

¹ Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5
können zur Erfüllung ihrer Aufgaben
Adressierungselemente nach Artikel 3
Buchstabe f FMG¹⁹ und damit zusammen-
hängende Personendaten bearbeiten.

² Sie können die Daten nach Absatz 1
auch bearbeiten, wenn diese:
a. Informationen über religiöse, weltan-
schauliche oder politische Ansichten ent-
halten; die Bearbeitung ist nur zulässig,
wenn sie für die Bewertung von konkreten
Bedrohungen und Gefahren im Bereich
der Informationssicherheit erforderlich ist;
b. Informationen über administrative
oder strafrechtliche Verfolgungen und
Sanktionen enthalten.

³ Die Personendaten können bearbeitet
werden, ohne dass dies für die betroffe-
nen Personen ersichtlich ist.

⁴ Liegen konkrete Hinweise auf den
Missbrauch einer Identität oder auf
die unberechtigte Verwendung von

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Adressierungselementen vor, so sind die betroffenen Personen zu informieren. Vorbehalten bleiben die Artikel 18a Absatz 4 Buchstabe b und 18b DSG²⁰.

Art. 77 Zusammenarbeit im Inland

¹ Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 können den Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen Personendaten nach Artikel 76 bekanntgeben, sofern dies zur Gewährleistung der Informationssicherheit zweckmässig ist.

² Sie können den Anbieterinnen und Betreiberinnen von Informatik- und Kommunikationsdiensten Personendaten nach Artikel 76 bekanntgeben, sofern dies zur Gewährleistung der Informationssicherheit von kritischen Infrastrukturen erforderlich ist.

³ Die Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen sowie die Anbieterinnen und Betreiberinnen von Informatik- und Kommunikationsdiensten können den Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 Daten, einschliesslich Personendaten, die sich auf einen bestimmten Vorfall beziehen, bekanntgeben. Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 dürfen diese Daten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Datenlieferantinnen zu Strafverfolgungszwecken weitergeben.

Art. 78 Internationale Zusammenarbeit

¹ Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 können mit ausländischen und internationalen Stellen, die für den Schutz

Art. 77**Mehrheit**

Minderheit (Seiler Graf, Arslan, Crottaz, Fridez, Glättli, Masshardt)

³ Die Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen sowie die Anbieterinnen und Betreiberinnen von Informatik- und Kommunikationsdiensten geben den Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 Daten, einschliesslich Personendaten, die sich auf einen bestimmten erheblichen Vorfall beziehen, bekannt. ...
(siehe Art. 81 Bst. e)

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

kritischer Infrastrukturen zuständig sind, Daten nach Artikel 76 austauschen, wenn sie diese Daten für die Erfüllung von Aufgaben benötigen, die den Aufgaben nach Artikel 75 entsprechen.

² Der Datenaustausch nach Absatz 1 ist nur dann zulässig, wenn die ausländischen und internationalen Stellen die bestimmungsgemässe Verwendung gewährleisten.

³ Werden die Daten für ein rechtliches Verfahren im Ausland benötigt, so gelten die Bestimmungen über die Amts- und Rechtshilfe.

Art. 79 Informationssystem zur Unterstützung von kritischen Infrastrukturen

¹ Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 betreiben ein Informationssystem, um den sicheren Austausch von Informationen mit den Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten.

² Das Informationssystem enthält folgende Informationen:

- a. Beschreibungen und Einschätzungen von Bedrohungen und Gefahren;
- b. Anweisungen zur technischen Erkennung und Behebung von Vorfällen;
- c. Vorfallanalysen und Sicherheitsempfehlungen;
- d. Analysen betreffend Schwachstellen von Informatikmitteln;
- e. Korrespondenz.

³ Die Informationen nach Absatz 2 können auch Personendaten nach Artikel 76 enthalten.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 80** Datenaufbewahrung und -archivierung

¹ Die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 bewahren Personendaten nur so lange auf, wie dies zur Abwehr von Gefahren oder zur Erkennung von Vorfällen zweckmässig ist, höchstens jedoch fünf Jahre.

² Die Archivierung der Daten richtet sich nach den Vorschriften der Archivierungsgesetzgebung.

Art. 81 Bestimmungen des Bundesrats

Der Bundesrat regelt:

- a. die Aufgabenteilung, die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen zwischen den Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 und dem NDB;
- b. die Bekanntgabe von Informationen an Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen, Dritte sowie ausländische und internationale Stellen;
- c. die Verantwortung für den Datenschutz in Zusammenhang mit dem Informationssystem nach Artikel 79 sowie die Datensicherheit;
- d. die periodische Kontrolle der Bearbeitung von Personendaten im Informationssystem nach Artikel 79 durch eine externe Stelle.

Art. 81

...

Mehrheit

Minderheit (Seiler Graf, Arslan, Crottaz, Fridez, Glättli, Masshardt)

e. die Bekanntgabe von Informationen an die Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 durch die Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen nach Artikel 77 Absatz 3.
(siehe Art. 77 Abs. 3)

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****6. Kapitel: Organisation und Vollzug****1. Abschnitt: Organisation****Art. 82** Informationssicherheitsbeauftragte

¹ Die folgenden Behörden und Organisationen bezeichnen für ihren Zuständigkeitsbereich eine Informationssicherheitsbeauftragte oder einen Informationssicherheitsbeauftragten sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter:

- a. Bundesrat;
- b. Verwaltungsdelegation der Bundesversammlung;
- c. eidgenössische Gerichte;
- d. Bundesanwaltschaft;
- e. Schweizerische Nationalbank;
- f. Departemente und Bundeskanzlei.

² Die Informationssicherheitsbeauftragten haben folgende Aufgaben:

- a. Sie beraten und unterstützen die zuständigen Stellen in ihrem Bereich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten nach diesem Gesetz.
- b. Sie steuern im Auftrag ihrer Behörde oder Organisation die Fachorganisation der Informationssicherheit sowie das entsprechende Risikomanagement.
- c. Sie überprüfen im Auftrag ihrer Behörde oder Organisation die Einhaltung der Vorgaben der Informationssicherheit, erstatten Bericht und beantragen die erforderlichen Massnahmen.
- d. Sie können der Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit sowie den Stellen nach Artikel 75 Absatz 5 sicherheitsrelevante Vorfälle melden.

³ Den Informationssicherheitsbeauftragten werden keine Aufgaben übertragen, die

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

einen Interessenkonflikt mit Aufgaben nach Absatz 2 zur Folge haben können.

Art. 83 Konferenz der Informationssicherheitsbeauftragten

¹ Die Konferenz der Informationssicherheitsbeauftragten wird aus den Informationssicherheitsbeauftragten nach Artikel 82 Absatz 1 sowie zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Kantone und der oder dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten gebildet.

² Sie hat folgende Aufgaben:

- a. Sie fördert den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes.
- b. Sie wirkt bei der Standardisierung der Anforderungen und Massnahmen nach Artikel 86 mit.
- c. Sie berät die Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit in allen Fragen der Vollzugskoordination und in Belangen von strategischer Bedeutung.
- d. Sie sorgt für den Informationsaustausch insbesondere in Zusammenhang mit dem Risikomanagement sowie mit Problemen und Vorfällen im Bereich der Informationssicherheit.
- e. Sie sorgt für die Koordination mit den anderen Stellen, die Aufgaben im Bereich der Informationssicherheit erfüllen.

³ Die Konferenz gibt sich ein Geschäftsreglement.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 84** Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit

¹ Die Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit hat folgende Aufgaben:

- a. Sie berät und unterstützt die verpflichteten Behörden, deren Informationssicherheitsbeauftragte und die Kantone beim Vollzug dieses Gesetzes.
- b. Sie kann bei Gefährdungen der Informationssicherheit des Bundes Empfehlungen abgeben.
- c. Sie kann auf Antrag der verpflichteten Behörden Überprüfungen durchführen.
- d. Sie kann auf Antrag der verpflichteten Behörden die Risiken für die Informationssicherheit beim Einsatz neuartiger Technologien beurteilen.
- e. Sie kann auf Antrag der verpflichteten Behörden und Organisationen prüfen, ob deren Prozesse, Mittel, Einrichtungen, Gegenstände und Dienstleistungen den Anforderungen an die Informationssicherheit entsprechen.
- f. Sie kann auf Antrag der verpflichteten Behörden die Informationssicherheit bei wichtigen behördenübergreifenden Projekten steuern und koordinieren.
- g. Sie ist Ansprechstelle für Fachkontakte mit inländischen, ausländischen und internationalen Stellen.
- h. Sie erstattet dem Bundesrat jährlich Bericht über den Stand der Informationssicherheit des Bundes.

² Die oder der Informationssicherheitsbeauftragte des Bundesrats ist gleichzeitig die Leiterin oder der Leiter der Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Der Bundesrat regelt die Organisation der Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit. Er kann ihr weitere Aufgaben für die Bundesverwaltung und die Armee zuweisen.

2. Abschnitt: Vollzug**Art. 85** Ausführungsbestimmungen

¹ Die verpflichteten Behörden erlassen die für den Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Der Bundesrat kann den Erlass von Ausführungsbestimmungen für Bundesratsgeschäfte der Bundeskanzlei übertragen.

² Zuständigkeiten, die das vorliegende Gesetz den verpflichteten Behörden zuweist, werden für die Bundesversammlung durch die Verwaltungsdelegation der Bundesversammlung wahrgenommen.

³ Die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats gelten für die verpflichteten Behörden sinngemäss, sofern diese keine eigenen Ausführungsbestimmungen erlassen.

Art. 86 Standardanforderungen und -massnahmen

¹ Der Bundesrat legt standardisierte Sicherheitsanforderungen sowie standardisierte organisatorische, personelle, technische und bauliche Massnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit nach dem Stand von Wissenschaft und Technik fest.

Art. 86

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Er kann diese Aufgabe delegieren.

³ Die Standardanforderungen und -massnahmen haben empfehlenden Charakter, sofern sie von den verpflichteten Behörden nicht für verbindlich erklärt werden.

Art. 87 Kantone

¹ Die Kantone sorgen für die periodische Überprüfung der Umsetzung und Wirksamkeit der Informationssicherheit nach Artikel 3.

² Sie informieren die Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit über die Ergebnisse der Überprüfungen nach Absatz 1.

³ Sie bezeichnen für Fragen der Informationssicherheit je eine Dienststelle als Ansprechpartnerin für die verpflichteten Behörden.

⁴ Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen die Kantone die Leistungen der Fachstellen nach diesem Gesetz für ihre eigene Informationssicherheit in Anspruch nehmen können. Die Leistungen sind gebührenpflichtig. Der Bundesrat legt die Höhe der Gebühren fest.

Art. 88 Völkerrechtliche Verträge

Der Bundesrat ist ermächtigt, völkerrechtliche Verträge im Bereich der Informationssicherheit abzuschliessen:
a. zum Austausch von Informationen über Gefährdungen, Schwachstellen

Mehrheit

Minderheit (Glättli, Arslan, Crottaz, Fridez, Masshardt, Seiler Graf)

³ Die verpflichteten Behörden können mit einer konkreten Begründung die Standardanforderungen als nicht verpflichtend deklarieren.

Bundesrat

und Vorfälle im Bereich der Informationssicherheit, insbesondere von kritischen Infrastrukturen;
 b. zum Austausch von klassifizierten Informationen;
 c. zur Durchführung von Personensicherheitsprüfungen und Betriebssicherheitsverfahren;
 d. zur Anerkennung von Sicherheitserklärungen;
 e. zur Durchführung von Kontrollen.

Art. 89 Evaluation

¹ Der Bundesrat sorgt dafür, dass die Umsetzung, die Zweckmässigkeit, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit dieses Gesetzes periodisch überprüft werden.

² Er erstattet den zuständigen Kommissionen der Bundesversammlung regelmässig Bericht.

7. Kapitel: Schlussbestimmungen**Art. 90** Änderung anderer Erlasse

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

Art. 91 Übergangsbestimmungen

¹ Nach bisherigem Recht klassifizierte Informationen werden an die Bestimmungen dieses Gesetzes angepasst, sobald sie nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zum ersten Mal bearbeitet werden.

Ständerat**Art. 89**

¹ ...

... periodisch durch eine unabhängige Stelle, insbesondere die Eidgenössische Finanzkontrolle, überprüft werden.

Kommission des Nationalrates

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Informatikmittel müssen innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eingestuft werden. Technische Massnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit müssen innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes umgesetzt werden.

³ Nach bisherigem Recht im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen ausgestellte Sicherheits- und Risikoerklärungen sowie nach bisherigem Recht ausgestellte Betriebssicherheitserklärungen sind fünf Jahre ab deren Ausstellung gültig.

*Art. 91a Koordination mit dem
Strafregistergesetz*

1. Tritt das Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016 (StReG) vor dem vorliegenden Gesetz in Kraft, entfallen die im vorliegenden Gesetz enthaltenen Änderungen von Artikel 365 Absatz 2 Buchstabe d sowie 367 Absätze 2 Buchstabe i, 2^{bis} Buchstabe b und 4 StGB. Stattdessen sind Artikel 46 Absatz 6 Buchstabe a ISG, Artikel 46 Buchstabe e, Artikel 51 Buchstabe f StReG und Artikel 59 StReG mit Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes wie folgt zu ändern:

Art. 46 Abs. 6 Bst. a ISG

⁶ Die Daten nach Absatz 4 können automatisch und systematisch durch Abfrage der folgenden Informationssysteme erhoben werden:

a. Strafregister-Informationssystem VOSTRA nach dem Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016;

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates***Art. 46 Bst. e StReG*

Folgende angeschlossene Behörden können durch ein Abrufverfahren in alle im Behördenauszug 2 erscheinenden Daten (Art. 38) Einsicht nehmen, soweit dies für die Erfüllung der nachstehend genannten Aufgaben notwendig ist:

e. die Fachstellen für Personensicherheitsprüfungen nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ... (ISG):

1. für die Beurteilung des Risikos im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen nach dem ISG,
2. für Beurteilungen des Gefährdungs- und Missbrauchspotenzials nach dem Militärgesetz vom 3. Februar 1995,
3. für weitere Beurteilungen des Risikos im Rahmen der in der Spezialgesetzgebung vorgesehenen Prüfungen;

*Art. 51 Bst. f StReG**Aufgehoben**Art. 59 StReG* Meldungen an die Gruppe Verteidigung

¹ Die registerführende Stelle meldet der Gruppe Verteidigung zu den in Absatz 2 erwähnten Zwecken unverzüglich folgende neu in VOSTRA eingetragenen Daten von Stellungspflichtigen und Angehörigen der Armee:

- a. schweizerische Grundurteile wegen eines Verbrechens oder Vergehens;
- b. ausländische Grundurteile;
- c. freiheitsentziehende Massnahmen;
- d. Entscheide betreffend Nichtbewährung.

Bundesrat**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Die Gruppe Verteidigung darf die gemeldeten Daten für folgende Zwecke verwenden:

- a. Prüfung einer Nichtrekrutierung, einer Zulassung zur Rekrutierung, eines Ausschlusses aus der Armee, einer Wiederzulassung zur Armee, einer Degradation oder der Eignung für eine Beförderung oder Ernennung nach dem MG;
- b. Prüfung von Hinderungsgründen für die Überlassung der persönlichen Waffe nach dem MG.

³ Die Meldung erfolgt über eine elektronische Schnittstelle zwischen dem Personalinformationssystem der Armee und des Zivilschutzes (PISA) und VOSTRA. Die Aufbereitung der Daten nach Absatz 1 erfolgt automatisiert und unter Verwendung der Versichertennummer.

2. Tritt das Strafregistergesetz nach dem vorliegenden Gesetz in Kraft, so sind Artikel 46 Absatz 6 Buchstabe a ISG, Artikel 46 Buchstabe e StReG, Artikel 51 Buchstabe f StReG und Artikel 59 StReG gemäss oben stehendem Wortlaut zu ändern. Hingegen entfällt die im Strafregistergesetz vorgesehene Änderung von Artikel 20a BPG; die nach dem vorliegenden Gesetz vorgesehene Änderung von Artikel 20a BPG bleibt also in Kraft.

Bundesrat

Ständerat

Kommission des Nationalrates

Art. 92 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Anhang
(Art. 90)

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Bundesgesetz vom 21. März 1997²¹
über Massnahmen zur Wahrung der
inneren Sicherheit**

Art. 2 Aufgaben

¹ Der Bund trifft vorbeugende Massnahmen nach diesem Gesetz, um frühzeitig Gefährdungen durch Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst, gewalttätigen Extremismus und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu erkennen und zu bekämpfen. Die Erkenntnisse dienen den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone dazu, rechtzeitig nach ihrem massgebenden Recht eingreifen zu können.

² Die vorbeugenden Massnahmen erfassen auch Vorbereitungen zu verbotenen Handel mit Waffen und radioaktiven Materialien sowie zu verbotenen Technologietransfer.

³ Der Bund unterstützt die zuständigen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, indem er ihnen Erkenntnisse über das organisierte Verbrechen mitteilt, namentlich wenn solche bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsbehörden anfallen.

⁴ Vorbeugende Massnahmen sind:
a. die periodische Beurteilung der Bedrohungslage durch die politischen Behörden und die Auftragserteilung an die Organe

Art. 2 Abs. 4 Bst. c

⁴ ...

Anhang
(Art. 90)

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

der inneren Sicherheit (Sicherheitsorgane);
 b. die Bearbeitung von Informationen über die innere und die äussere Sicherheit;
 c. die Personensicherheitsprüfungen;
 d. die Massnahmen zum Schutz der Bundesbehörden, der völkerrechtlich geschützten Personen sowie der ständigen diplomatischen Missionen, der konsularischen Posten und der internationalen Organisationen;
 e. die Sicherstellung, Beschlagnahme und Einziehung von Propagandamaterial mit zu Gewalt aufrufendem Inhalt;
 f. Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen nach den Artikeln 24a und 24c.

c. Aufgehoben

4. Abschnitt: Personensicherheitsprüfungen

4. Abschnitt (Art. 19–21)

Aufgehoben

Art. 19 Personenkreis

¹ Der Bundesrat kann Sicherheitsprüfungen vorsehen für Bedienstete des Bundes, Angehörige der Armee und des Zivilschutzes sowie Dritte, die an klassifizierten Projekten im Bereich der inneren und äusseren Sicherheit mitwirken, wenn sie bei ihrer Tätigkeit:

- a. regelmässigen und weit reichenden Einblick in die Regierungstätigkeit oder in wichtige sicherheitspolitische Geschäfte haben und darauf Einfluss nehmen können;
- b. regelmässig Zugang zu Geheimnissen der inneren oder der äusseren Sicherheit oder zu Informationen haben, deren Aufdeckung die Erfüllung wesentlicher Aufgaben des Bundes gefährden könnte;
- c. als Angehörige der Armee und des Zivilschutzes Zugang zu klassifizierten Informationen, Materialien oder Anlagen haben;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

d. als Vertragspartner oder deren Mitarbeiter an klassifizierten Projekten des Bundes mitwirken oder aufgrund von Geheimschutzvereinbarungen überprüft werden müssen;

e. regelmässig Zugang zu besonders schützenswerten Personendaten haben, deren Offenbarung die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen schwerwiegend beeinträchtigen könnte.

² Die Kantone können für ihre Bediensteten, die unmittelbar bei Aufgaben des Bundes nach diesem Gesetz mitwirken, ebenfalls eine Sicherheitsprüfung durchführen. Sie können die Mitwirkung des NDB beanspruchen.

³ Die Sicherheitsprüfung wird durchgeführt, bevor das Amt oder die Funktion übertragen oder der Auftrag erteilt wird; im Falle von Ernennungen durch den Bundesrat, bevor die Person für die Ernennung oder die Übertragung der Funktion vorgeschlagen wird. Die zu prüfende Person muss der Durchführung der Prüfung zustimmen; vorbehalten bleibt Artikel 113 Absatz 1 Buchstabe d des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995. Der Bundesrat kann die periodische Wiederholung vorsehen.

⁴ Der Bundesrat erlässt eine Liste der Ämter in der Bundesverwaltung und der Funktionen der Armee, für die eine Sicherheitsprüfung durchgeführt werden muss. Die Departementsvorsteher und der Bundeskanzler können in Ausnahmefällen Personen prüfen lassen, deren Amt oder Funktion noch nicht in der Liste aufgenommen ist, jedoch die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 20 Prüfungsinhalt**

¹ Bei der Sicherheitsprüfung werden sicherheitsrelevante Daten über die Lebensführung der betroffenen Person erhoben, insbesondere über ihre engen persönlichen Beziehungen und familiären Verhältnisse, ihre finanzielle Lage, ihre Beziehungen zum Ausland und Aktivitäten, welche die innere oder die äussere Sicherheit in rechtswidriger Weise gefährden können. Über die Ausübung verfassungsmässiger Rechte werden keine Daten erhoben.

² Die Daten können erhoben werden:

- a. über den NDB aus den Registern der Sicherheits- und der Strafverfolgungsorgane von Bund und Kantonen sowie aus dem Strafregister;
- b. aus den Registern der Betreibungs- und Konkursbehörden der Kantone und der Einwohnerkontrollen;
- c. im Auftrag der Prüfbehörden (Art. 21 Abs. 1) durch Erhebung der zuständigen kantonalen Polizei über die zu prüfende Person;
- d. durch Einholen von Auskünften bei den zuständigen Strafverfolgungsorganen über laufende, abgeschlossene oder eingestellte Strafverfahren sowie die sich darauf beziehenden Gerichts- und Untersuchungsakten;
- e. durch Befragung von Drittpersonen, wenn die betroffene Person zugestimmt hat;
- f. durch persönliche Befragung der betroffenen Person.

Art. 21 Durchführung der Prüfung

¹ Der Bundesrat bezeichnet die Prüfbehörden, welche die Sicherheitsprüfungen

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

in Zusammenarbeit mit dem NDB durchführen. Die Prüfbehörden sind weisungsungebunden.

² Die Prüfbehörde teilt der geprüften Person das Ergebnis der Abklärungen und ihre Beurteilung des Sicherheitsrisikos mit. Die geprüfte Person kann innert zehn Tagen Einsicht in die Prüfungsunterlagen nehmen und die Berichtigung falscher Daten verlangen sowie bei Akten des Bundes die Entfernung überholter Daten verlangen oder einen Bestreitungsvermerk anbringen lassen. Für die Einschränkung der Auskunft gilt Artikel 9 DSG.

³ Wird die Sicherheitserklärung nicht erteilt oder mit Vorbehalten versehen, so kann die betroffene Person Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht führen.

⁴ Die Prüfbehörde unterbreitet ihre Beurteilung des Sicherheitsrisikos schriftlich der entscheidenden Instanz, die für die Wahl oder die Übertragung der Funktion zuständig ist. Die entscheidende Instanz ist an die Beurteilung der Prüfbehörde nicht gebunden. Der Bundesrat regelt die Zuständigkeiten bei den Sicherheitsprüfungen nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe d.

⁵ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten der Sicherheitsprüfung, insbesondere die Einsichtsrechte der Betroffenen und der ernennenden Behörde, sowie Aufbewahrung, weitere Verwendung und Löschung der Daten.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Art. 24a Informationen über Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen

Art. 24a Abs. 7 erster Satz

¹ Fedpol betreibt ein elektronisches Informationssystem, in das Daten über Personen aufgenommen werden, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen im In- und Ausland gewalttätig verhalten haben.

² In das Informationssystem dürfen Informationen über Personen, gegen die Ausreisesperren, Massnahmen nach kantonalem Recht im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen oder andere Massnahmen wie Stadionverbote verhängt worden sind, aufgenommen werden, wenn:

- a. die Massnahme von einer richterlichen Behörde ausgesprochen oder bestätigt worden ist;
- b. die Massnahme aufgrund einer strafbaren Handlung ausgesprochen worden ist, die zur Anzeige an die zuständigen Behörden gebracht wurde; oder
- c. die Massnahme zur Wahrung der Sicherheit von Personen oder der Sportveranstaltung notwendig ist und glaubhaft gemacht werden kann, dass die Massnahme begründet ist.

³ Das elektronische Informationssystem kann folgende Daten enthalten: Foto; Name; Vorname; Geburtsdatum; Geburtsort; Heimatort; Wohnadresse; Art der Massnahme und Grund der Massnahme wie Verurteilung, Strafuntersuchung, Meldungen der Polizei, Videoaufnahmen; verfügende Behörde; Verstösse gegen Massnahmen; Organisationen; Ereignisse.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁴ Die Behörden und Amtsstellen nach Artikel 13, die über Informationen nach Absatz 1 verfügen, sind zu deren Weitergabe an fedpol verpflichtet.

⁵ Die Vollzugsbehörden können besonders schützenswerte Personendaten bearbeiten, soweit es die Durchführung ihrer Aufgaben erfordert.

⁶ Fedpol prüft, ob die Informationen, die ihm übermittelt werden, richtig und erheblich im Sinne von Absatz 2 sind. Es vernichtet unrichtige oder unerhebliche Informationen und benachrichtigt darüber den Absender.

⁷ Das Informationssystem steht den für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Stellen von fedpol sowie den Polizeibehörden der Kantone, der Schweizerischen Zentralstelle für Hooliganismus (Zentralstelle) und den Zollbehörden über ein Abrufverfahren zur Verfügung. Der Bundesrat legt die Voraussetzungen für die Aufbewahrung und Löschung der Daten fest. Er bestimmt den Anschluss der kantonalen Sicherheitsorgane im Einzelnen und regelt die Zugriffsrechte.

⁸ Die Vollzugsbehörden können Personendaten nach Absatz 1 an Organisatoren von Sportveranstaltungen in der Schweiz weitergeben, wenn die Daten für die Anordnung von Massnahmen zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten anlässlich bestimmter Veranstaltungen nötig sind. Die Empfänger der Daten dürfen diese nur im Rahmen des Vollzuges der Massnahmen an Dritte weitergeben. Der Bundesrat regelt, wie die Daten durch die Empfänger und durch Dritte bearbeitet werden.

⁷ Das Informationssystem steht den für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Stellen von fedpol sowie den Polizeibehörden der Kantone, der Schweizerischen Zentralstelle für Hooliganismus (Zentralstelle), den Zollbehörden und den für die Durchführung der Personensicherheitsprüfungen zuständigen Fachstellen nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ...²² über ein Abrufverfahren zur Verfügung. ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁹ Fedpol und die Zentralstelle können Personendaten an ausländische Polizeibehörden und Sicherheitsorgane weitergeben. Die Weitergabe richtet sich nach den Voraussetzungen von Artikel 17 Absätze 3–5. Die Daten dürfen nur weitergegeben werden, wenn der Empfänger garantiert, dass sie ausschliesslich der Anordnung von Massnahmen zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen dienen. Der Quellenschutz ist zu wahren.

¹⁰ Das Recht, Auskünfte über die Daten im Informationssystem zu bekommen, und das Recht, die Daten berichtigen zu lassen, richten sich nach den Artikeln 5 und 8 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz. Fedpol teilt der betroffenen Person die Erfassung und Löschung ihrer Daten im Informationssystem mit.

2. Nachrichtendienstgesetz vom 25. September 2015²³

2. ...

2. ...

Art. 6 Aufgaben des NDB

Art. 6

Art. 6

¹ Die Informationsbeschaffung und -bearbeitung des NDB dient:

- a. dem frühzeitigen Erkennen und Verhindern von Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit, die ausgehen von:
 - 1. Terrorismus,
 - 2. verbotenem Nachrichtendienst,
 - 3. der Weiterverbreitung nuklearer, biologischer oder chemischer Waffen, einschliesslich ihrer Trägersysteme, sowie aller zur Herstellung dieser Waffen notwendigen zivil und militärisch verwendbaren Güter und Technologien (NBC-Proliferation) oder dem illegalen Handel mit radioaktiven Substanzen, Kriegsmaterial und anderen Rüstungsgütern,

¹ ...
a. ...

¹ ...
a. ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates****Mehrheit**

Minderheit (Sommaruga Carlo, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Seiler Graf)

4. Angriffen auf Informations-, Kommunikations-, Energie-, Transport- und weitere Infrastrukturen, die für das Funktionieren von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat unerlässlich sind (kritische Infrastrukturen),

4. Angriffen auf die Trinkwasser- und Energieversorgung, Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie weitere Prozesse, Systeme und Einrichtungen, die essentiell für das Funktionieren der Wirtschaft bzw. das Wohlergehen der Bevölkerung sind (kritische Infrastrukturen).
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 11. Militärgesetz vom 3. Februar 1995, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)

4. Gemäss Ständerat
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 11 MG, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)

4. ...
...,
Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie grundlegende Spitaleinrichtungen und weitere Prozesse, ...
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 11 MG, Art. 1 Abs. 2 Bst. c)

5. gewalttätigem Extremismus;
b. zur Feststellung, Beobachtung und Beurteilung von sicherheitspolitisch bedeutsamen Vorgängen im Ausland;
c. zur Wahrung der Handlungsfähigkeit der Schweiz;
d. zur Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3, wenn dafür ein konkreter Auftrag des Bundesrates vorliegt.

² Der NDB beurteilt die Bedrohungslage und orientiert die betroffenen Bundesstellen und kantonalen Vollzugsbehörden laufend über allfällige Bedrohungen sowie über die getroffenen und geplanten Massnahmen nach diesem Gesetz. Bei Bedarf alarmiert er die zuständigen staatlichen Stellen.

³ Er informiert andere Dienststellen des Bundes und der Kantone unter Wahrung des Quellenschutzes über Vorgänge und Erkenntnisse, welche die gesetzlichen Aufgaben dieser Stellen bei der Wahrung der inneren oder äusseren Sicherheit betreffen.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁴ Er pflegt die nachrichtendienstlichen Beziehungen der Schweiz mit ausländischen Dienststellen.

⁵ Er stellt die nachrichtendienstliche Frühwarnung zum Schutz von kritischen Infrastrukturen sicher.

⁶ Er führt Programme zur Information und Sensibilisierung betreffend Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit durch.

⁷ Er schützt seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, seine Einrichtungen, seine Quellen und die von ihm bearbeiteten Daten.

Art. 51 INDEX NDB**Art. 51 Abs. 4 Bst. d**

¹ Das Informationssystem INDEX NDB dient:

- a. der Feststellung, ob der NDB über eine Person, eine Organisation, eine Gruppierung, einen Gegenstand oder ein Ereignis Daten bearbeitet;
- b. der Ablage der von den kantonalen Vollzugsbehörden erstellten Berichte;
- c. der Bearbeitung von Daten aus Vorabklärungen der kantonalen Vollzugsbehörden.

² Es ermöglicht den Behörden, die nicht am besonders gesicherten Netzwerk des NDB angeschlossen sind, den Zugriff auf die Daten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen, und deren sichere Übermittlung.

³ Es enthält:

- a. Daten zur Identifikation der in den Informationssystemen IASA NDB und IASA-

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

GEX NDB erfassten Personen, Organisationen, Gruppierungen, Gegenstände und Ereignisse;

b. die von den kantonalen Vollzugsbehörden selbstständig oder im Auftrag des NDB erstellten Berichte;

c. Daten aus Vorabklärungen der kantonalen Vollzugsbehörden.

⁴ Die folgenden Personen haben im Abrufverfahren Zugriff auf die nachstehenden Daten in INDEX NDB:

a. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDB auf die Daten nach Absatz 3 Buchstaben a und b, sofern sie mit dem frühzeitigen Erkennen und Verhindern von Bedrohungen für die Schweiz und ihre Bevölkerung beauftragt sind;

b. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Vollzugsbehörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz sowie zur Bearbeitung und Weitergabe ihrer Daten aus Vorabklärungen und ihrer Berichte an den NDB und an andere kantonale Vollzugsbehörden; Zugriff auf die Daten nach Absatz 3 Buchstabe c haben ausschliesslich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Vollzugsbehörde, welche die Vorabklärungen durchgeführt hat, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Qualitätssicherungsstelle des NDB;

c. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Polizei auf die Daten nach Absatz 3 Buchstabe a zur Durchführung sicherheits-, kriminal- und verwaltungspolizeilicher Aufgaben und zur Überprüfung von Verdachtsfällen von Geldwäscherei und Terrorfinanzierung bei Meldungen von schweizerischen Finanzinstituten;

d. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der für die Informations- und Objektsicherheit zuständigen Dienststelle des VBS auf die

⁴ Die folgenden Personen haben im Abrufverfahren Zugriff auf die nachstehenden Daten in INDEX NDB:

d. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der für die Durchführung der Personensicherheitsprüfungen zuständi-

Geltendes Recht

Daten nach Absatz 3 Buchstabe a zur Durchführung von Personensicherheitsprüfungen.

Bundesrat

gen Fachstellen nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ...²⁴ auf die Daten nach Absatz 3 Buchstabe a zur Durchführung von Personensicherheitsprüfungen und von Prüfungen der Vertrauenswürdigkeit sowie zur Beurteilung des Gewaltpotenzials.

Ständerat**Kommission des Nationalrates**

3. Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000²⁵

3. ...

Art. 20a Auszug aus dem Strafregister und dem Betreibungsregister

Die Arbeitgeber können von Stellenbewerberinnen und Stellenbewerbern sowie von ihren Angestellten verlangen, dass sie einen Auszug aus dem Strafregister und aus dem Betreibungsregister vorlegen, sofern dies zur Wahrung der Interessen des Arbeitgebers erforderlich ist.

Art. 20b Prüfung der Vertrauenswürdigkeit

¹ Die Arbeitgeber nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a, b, e und f können Stellenbewerberinnen und Stellenbewerber sowie ihre Angestellten auf deren Vertrauenswürdigkeit hin prüfen lassen, wenn diese im Rahmen ihrer Funktion:

- a. die Schweiz im Ausland regelmässig vertreten sollen und dabei das Ansehen des Bundes erheblich beeinträchtigen könnten;
- b. in wesentlichen Finanz- oder Steuersachen Entscheide fällen oder Aufsichtsaufgaben wahrnehmen sollen und dabei die finanziellen Interessen des

Art. 20b

¹ Die Arbeitgeber nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a-b und e-g sowie nach Artikel 3 Absatz 3 können Stellenbewerberinnen und Stellenbewerber sowie Angestellte auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin prüfen lassen, wenn sie im Rahmen ihrer Funktion:

...

²⁴ SR ...
²⁵ SR 172.220.1

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Bundes erheblich beeinträchtigen könnten.

c. Strafverfolgungs- oder polizeiliche Aufgaben wahrnehmen und dabei die öffentlichen Interessen des Bundes, insbesondere die Sicherheit der Bundesverwaltung, erheblich gefährden könnten.

² Sie beschränken sich bei der Prüfung auf das erforderliche Mindestmass.

³ Die Vertrauenswürdigkeitsprüfungen werden von den Fachstellen nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ...²⁶ (ISG) durchgeführt. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den entsprechenden Bestimmungen des ISG.

⁴ Werden die Stellenbewerberinnen und Stellenbewerber sowie die Angestellten gleichzeitig einer Personensicherheitsprüfung nach dem ISG unterzogen, so werden die beiden Verfahren vereinigt.

4. Zivilprozessordnung²⁷

Art. 166 Beschränktes Verweigerungsrecht

Art. 166 Abs. 1 Bst. c

¹ Eine dritte Person kann die Mitwirkung verweigern:

- a. zur Feststellung von Tatsachen, die sie oder eine ihr im Sinne von Artikel 165 nahestehende Person der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder zivilrechtlicher Verantwortlichkeit aussetzen würde;
- b. soweit sie sich wegen Verletzung eines Geheimnisses nach Artikel 321 StGB1 strafbar machen würde; ausgenommen sind die Revisorinnen und Revisoren; mit

¹ Eine dritte Person kann die Mitwirkung verweigern:

²⁶ SR ...
²⁷ SR 272

Geltendes Recht

Ausnahme der Anwältinnen und Anwälte sowie der Geistlichen haben Dritte jedoch mitzuwirken, wenn sie einer Anzeigepflicht unterliegen oder wenn sie von der Geheimhaltungspflicht entbunden worden sind, es sei denn, sie machen glaubhaft, dass das Geheimhaltungsinteresse das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt;

c. zur Feststellung von Tatsachen, die ihr als Beamtin oder Beamter im Sinne von Artikel 110 Absatz 3 StGB oder als Behördenmitglied in ihrer amtlichen Eigenschaft anvertraut worden sind oder die sie bei Ausübung ihres Amtes wahrgenommen hat; sie hat auszusagen, wenn sie einer Anzeigepflicht unterliegt oder wenn sie von ihrer vorgesetzten Behörde zur Aussage ermächtigt worden ist;

d. wenn sie als Ombudsperson, Ehe- oder Familienberaterin oder -berater, Mediatorin oder Mediator über Tatsachen aussagen müsste, die sie im Rahmen der betreffenden Tätigkeit wahrgenommen hat;

e. über die Identität der Autorin oder des Autors oder über Inhalt und Quellen ihrer Informationen, wenn sie sich beruflich oder als Hilfsperson mit der Veröffentlichung von Informationen im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums befasst.

² Die Trägerinnen und Träger anderer gesetzlich geschützter Geheimnisse können die Mitwirkung verweigern, wenn sie glaubhaft machen, dass das Geheimhaltungsinteresse das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt.

Bundesrat

c. zur Feststellung von Tatsachen, die ihr als Beamtin oder Beamter im Sinne von Artikel 110 Absatz 3 StGB oder als Behördenmitglied in ihrer amtlichen Eigenschaft anvertraut worden sind oder die sie bei Ausübung ihres Amtes oder bei Ausübung ihrer Hilfstätigkeit für eine Beamtin oder einen Beamten oder eine Behörde wahrgenommen hat; sie hat auszusagen, wenn sie einer Anzeigepflicht unterliegt oder wenn sie von ihrer vorgesetzten Behörde zur Aussage ermächtigt worden ist;

Ständerat**Kommission des Nationalrates**

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

³ Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts über die Datenbekanntgabe.

5. Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947²⁸ über den Bundeszivilprozess

Art. 42

Zeugnisverweigerungsrecht

Art. 42 Abs. 3

¹ Das Zeugnis kann verweigert werden:

a. von folgenden Personen, wenn die Beantwortung der Frage sie der Gefahr der strafgerichtlichen Verfolgung oder einer schweren Benachteiligung der Ehre aussetzen kann oder ihnen einen unmittelbaren vermögensrechtlichen Schaden verursachen würde:

1. dem Zeugen, seinem Ehegatten, seiner eingetragenen Partnerin, seinem eingetragenen Partner oder einer Person, mit der er eine faktische Lebensgemeinschaft führt,

2. Verwandten oder Verschwägerten des Zeugen in gerader Linie und im zweiten Grad der Seitenlinie;

a^{bis}. von Personen, gegen die nach Artikel 27bis des Strafgesetzbuches für die Verweigerung des Zeugnisses keine Strafen oder prozessualen Massnahmen verhängt werden dürfen;

b. von den in Artikel 321 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches genannten Personen über Tatsachen, die nach dieser Vorschrift unter das Berufsgeheimnis fallen, sofern der Berechtigte nicht in die Offenbarung des Geheimnisses eingewilligt hat.

² Die Offenbarung anderer Berufsgeheimnisse sowie eines Geschäftsgeheimnisses kann der Richter dem Zeugen erlassen, wenn dessen Interesse an der Geheimhaltung auch bei Rück-

Geltendes Recht

sichtigung der Sicherungsmassnahmen gemäss Artikel 38 das Interesse des Beweisführers an der Preisgabe überwiegt.

³ Für die Zeugnispflicht von Beamten über Wahrnehmungen in Ausübung ihres Amtes sind die einschränkenden Vorschriften des Verwaltungsrechtes des Bundes und der Kantone massgebend.

Art. 320

Verletzung des Amtsgeheimnisses

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde oder als Beamter anvertraut worden ist, oder das er in seiner amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses strafbar.

2. Der Täter ist nicht strafbar, wenn er das Geheimnis mit schriftlicher Einwilligung seiner vorgesetzten Behörde offenbart hat.

Art. 365

Zweck

¹ Das Bundesamt für Justiz führt unter Mitwirkung anderer Bundesbehörden und der Kantone (Art. 367 Abs. 1) ein automatisiertes Strafregister über Verurteilungen

Bundesrat

³ Für die Zeugnispflicht von Beamten und deren Hilfspersonen über Wahrnehmungen in Ausübung ihres Amtes oder ihrer Hilfstätigkeit sind die einschränkenden Vorschriften des Verwaltungsrechtes des Bundes und der Kantone massgebend.

6. Strafgesetzbuch²⁹**Art. 320**

Verletzung des Amtsgeheimnisses

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde oder als Beamter anvertraut worden ist oder das er in seiner amtlichen oder dienstlichen Stellung oder als Hilfsperson eines Beamten oder einer Behörde wahrgenommen hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses oder der Hilfstätigkeit strafbar.

2. Der Täter ist nicht strafbar, wenn er das Geheimnis mit schriftlicher Einwilligung seiner vorgesetzten Behörde offenbart hat.

Art. 365 Abs. 2 Bst. d**Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Geltendes Recht

und Gesuche um Strafregistrauszug im Rahmen von hängigen Strafverfahren, welches besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthält. Die Daten über Verurteilungen und jene über Gesuche um Strafregistrauszug im Rahmen von hängigen Strafverfahren werden im automatisierten Register getrennt bearbeitet.

² Das Register dient der Unterstützung von Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

- a. Durchführung von Strafverfahren;
- b. internationale Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren;
- c. Straf- und Massnahmenvollzug;
- d. zivile und militärische Sicherheitsprüfungen;

- e. Verhängung und Aufhebung von Fernhaltemassnahmen gegenüber Ausländern nach dem Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sowie der übrigen Ausweisungen und Landesverweisungen;
- f. Prüfung der Asylwürdigkeit nach dem Asylgesetz vom 26. Juni 1998;
- g. Einbürgerungsverfahren;
- h. Erteilung und Entzug von Führer- oder Lernfahrausweisen nach dem Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958;
- i. Durchführung des konsularischen Schutzes;
- j. statistische Bearbeitung nach dem Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992;
- k. Anordnung oder Aufhebung von Massnahmen des Kindes- oder Erwachsenenschutzes;

Bundesrat

² Das Register dient der Unterstützung von Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

- d. Beurteilung des Sicherheitsrisikos im Rahmen der Personensicherheitsprüfungen nach dem Informationssicherheitsgesetz vom ...³⁰ (ISG) und im Rahmen der Prüfungen der Vertrauenswürdigkeit nach der Spezialgesetzgebung;

Ständerat**Kommission des Nationalrates**

³⁰ SR ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

l. Ausschluss aus dem Zivildienst oder von der Zivildienstleistung nach dem Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995;
 m. Prüfung des Leumunds für bestimmte Einsätze nach dem Zivildienstgesetz;
 n. Prüfung einer Nichtrekrutierung oder Zulassung zur Rekrutierung, eines Ausschlusses aus der Armee oder Wiedenzulassung zur Armee oder einer Degradation nach dem Militärgesetz vom 3. Februar 1995 (MG);
 o. Prüfung der Eignung für eine Beförderung oder Ernennung nach dem MG;
 p. Prüfung von Hinderungsgründen für die Überlassung der persönlichen Waffe nach dem MG;
 q. Prüfung eines Ausschlusses vom Schutzdienst nach dem Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 4. Oktober 2002.

Art. 367

Bearbeitung der Daten und Einsicht

Art. 367 Abs. 2 Bst. i, Abs. 2^{bis} Bst. b und Abs. 4

¹ Folgende Behörden bearbeiten im Register Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1–3:

- a. das Bundesamt für Justiz;
- b. die Strafjustizbehörden;
- c. die Militärjustizbehörden;
- d. die Strafvollzugsbehörden;
- e. die Koordinationsstellen der Kantone.

² Folgende Behörden dürfen durch ein Abrufverfahren Einsicht in die Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2 und 3 Buchstaben a und b nehmen:

- a. die Behörden nach Absatz 1;
- b. die Bundesanwaltschaft;
- c. das Bundesamt für Polizei im Rahmen von gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren;
- d. der Führungsstab der Armee;

² Folgende Behörden dürfen durch ein Abrufverfahren Einsicht in die Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2 und 3 Buchstaben a und b nehmen:

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

e. das Staatssekretariat für Migration;
 f. ...
 g. die kantonalen Fremdenpolizeibehörden;
 h. die für den Strassenverkehr zuständigen Behörden der Kantone;
 i. die Bundesbehörden, die zuständig sind für die Durchführung von Personensicherheitsüberprüfungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit;
 j. die Vollzugsstelle für den Zivildienst;
 k. die für Entscheide über den Ausschluss vom Schutzdienst zuständigen Stellen der Kantone;
 l. die Zeugenschutzstelle des Bundes gemäss dem Bundesgesetz vom 23. Dezember 2011 über den ausserprozessualen Zeugenschutz zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

^{2bis} Folgende Behörden dürfen durch ein Abrufverfahren auch Einsicht in die Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absatz 3 Buchstabe c nehmen:

- a. der Führungsstab der Armee zum Zwecke der Prüfung einer Nichtrekrutierung oder Zulassung zur Rekrutierung, eines Ausschlusses aus der Armee oder Wiedenzulassung zur Armee oder einer Degradation nach dem MG, zur Prüfung von Hinderungsgründen für die Überlassung der persönlichen Waffe nach dem MG, zur Prüfung der Eignung für eine Beförderung oder Ernennung nach dem MG;
- b. die Bundesbehörden, die zuständig sind für die Durchführung von Personensicherheitsprüfungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit;
- c. Strafjustizbehörden zum Zwecke der

i. die für die Durchführung der Personensicherheitsprüfungen zuständigen Fachstellen nach Artikel 32 Absatz 2 ISG³¹ (Fachstellen PSP);

^{2bis} Folgende Behörden dürfen durch ein Abrufverfahren auch Einsicht in die Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absatz 3 Buchstabe c nehmen:

- b. die Fachstellen PSP;

31 SR ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Durchführung von Strafverfahren (Art. 365 Abs. 2 Bst. a);
 d. kantonale Koordinationsstellen und das Bundesamt für Justiz zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben im Rahmen der Registerführung;
 e. Strafvollzugsbehörden für die Durchführung des Straf- und Massnahmenvollzuges (Art. 365 Abs. 2 Bst. c).

^{2ter} Behörden nach den Absätzen 2 Buchstaben c–l und 2septies können Urteile, die eine Landesverweisung enthalten, so lange einsehen, als die betroffene Person mit der Landesverweisung belegt ist. Dauert die Frist nach Artikel 369 länger, so ist sie für die Dauer der Einsichtsmöglichkeit massgebend.¹⁵

^{2quater} Die für das Register zuständige Stelle des Bundes meldet dem Führungsstab der Armee zu den in Artikel 365 Absatz 2 Buchstaben n–p erwähnten Zwecken unverzüglich alle:

- a. Strafurteile wegen eines Verbrechens oder Vergehens;
- b. freiheitsentziehenden Massnahmen;
- c. Entscheide über die Nichtbewährung von Stellungspflichtigen und Angehörigen der Armee.

^{2quinquies} Gemeldet werden die Personalien der nach Absatz 2quater registrierten Schweizerinnen und Schweizer ab dem 17. Altersjahr. Stellt der Führungsstab der Armee fest, dass eine gemeldete Person stellungspflichtig oder Angehöriger der Armee ist, so meldet die für das Register zuständige Stelle auch die Strafdaten.

^{2sexies} Die Meldung und die Feststellung nach Absatz 2quinquies können über eine elektronische Schnittstelle zwischen dem Personalinformationssystem der Armee (PISA) und dem Register erfolgen.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

^{2septies} Das Bundesamt für Sport kann zum Zwecke der Leumundsprüfung im Hinblick auf die Erteilung oder den Entzug einer Anerkennung als «Jugend und Sport»-Kader auf schriftliches Gesuch Einsicht in Personendaten über Strafurteile nehmen.

³ Der Bundesrat kann, wenn es die Anzahl der Auskunftersuchen rechtfertigt, nach Anhörung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten²⁰ bis zur Inkraftsetzung der Rechtsgrundlagen in einem formellen Gesetz die Einsichtsrechte nach Absatz 2 auf weitere Justiz- und Verwaltungsbehörden des Bundes und der Kantone ausdehnen.

⁴ Personendaten über hängige Strafverfahren dürfen nur durch die Behörden nach Absatz 2 Buchstaben a–e, j und l bearbeitet werden.

⁴ Personendaten über hängige Strafverfahren dürfen nur durch die Behörden nach Absatz 2 Buchstaben a–e, i, j und l bearbeitet werden.

^{4bis} ...

^{4ter} Das Bundesamt für Sport kann zum Zwecke der Leumundsprüfung im Hinblick auf die Erteilung oder die Sistierung einer Anerkennung als «Jugend und Sport»-Kader auf schriftliches Gesuch Einsicht in Personendaten über hängige Strafverfahren nehmen.²³

⁵ Jeder Kanton bestimmt für die Bearbeitung der Daten im Register eine Koordinationsstelle.

⁶ Der Bundesrat legt die Einzelheiten fest, insbesondere:

- a. die Verantwortung für die Datenbearbeitung;
- b. die Kategorien der zu erfassenden Daten und deren Aufbewahrungsfristen;
- c. die Zusammenarbeit mit den betroffe-

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

nen Behörden;
 d. die Aufgaben der Koordinationsstellen;
 e. das Auskunftsrecht und die übrigen
 Verfahrensrechte zum Schutze der betrof-
 fenen Personen;
 f. die Datensicherheit;
 g. die Behörden, welche Personendaten
 in schriftlicher Form melden, ins Register
 eingeben, abfragen oder denen Person-
 endaten im Einzelfall bekannt gegeben
 werden können;
 h. die elektronische Datenweitergabe an
 das Bundesamt für Statistik.

7. Strafprozessordnung³²

Art. 170 Zeugnisverweigerungsrecht
 aufgrund eines Amtsgeheimnisses

Art. 170 Abs. 1

¹ Beamtinnen und Beamte im Sinne von
 Artikel 110 Absatz 3 StGB sowie Mitglie-
 der von Behörden können das Zeugnis
 über Geheimnisse verweigern, die ihnen
 in ihrer amtlichen Eigenschaft anver-
 traut worden sind oder die sie bei der
 Ausübung ihres Amtes wahrgenommen
 haben.

¹ Beamtinnen und Beamte im Sinne
 von Artikel 110 Absatz 3 StGB³³ und
 ihre Hilfspersonen sowie Mitglieder
 von Behörden und ihre Hilfspersonen
 können das Zeugnis über Geheimnisse
 verweigern, die ihnen in ihrer amtlichen
 Eigenschaft anvertraut worden sind oder
 die sie bei der Ausübung ihres Amtes
 oder ihrer Hilfstätigkeit wahrgenommen
 haben.

² Sie haben auszusagen, wenn sie von
 ihrer vorgesetzten Behörde zur Aussage
 schriftlich ermächtigt worden sind.

³ Die vorgesetzte Behörde erteilt die
 Ermächtigung zur Aussage, wenn das
 Interesse an der Wahrheitsfindung das
 Geheimhaltungsinteresse überwiegt.

³² SR 312.0

³³ SR 311.0

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates****8. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927³⁴****Art. 77**

Verletzung des Dienstgeheimnisses

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in dienstlicher oder amtlicher Eigenschaft anvertraut wird, oder das er in seiner dienstlichen oder amtlichen Stellung wahrnimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

2. Die Verletzung des Dienst- oder Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des dienstlichen oder amtlichen Verhältnisses strafbar.

Art. 77 Verletzung des Dienstgeheimnisses

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in dienstlicher oder amtlicher Eigenschaft anvertraut wird oder das er in seiner dienstlichen oder amtlichen Stellung oder als Hilfsperson eines solchen Geheimnisträgers wahrnimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

2. Die Verletzung des Dienst- oder Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des dienstlichen oder amtlichen Verhältnisses oder der Hilfstätigkeit strafbar.

9. Militärstraßprozess vom 23. März 1979³⁵**Art. 77 Dienst- und Amtsgeheimnis**

¹ Soll ein Zeuge über Tatsachen aussagen, die unter das Dienstgeheimnis (Art. 77 MStG) fallen, so hat der Richter vorerst bei der zuständigen Dienststelle die Befreiung von dieser Pflicht zu erwirken.

² Ein Beamter darf nur mit Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde über ein Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB) als Zeuge einvernommen oder zur Herausgabe von Akten angehalten werden. Im Übrigen gelten das eidgenössische und das kantonale Verwaltungsrecht.

Art. 77 Abs. 2

² Ein Beamter oder seine Hilfsperson darf nur mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde über ein Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB³⁶) als Zeuge einvernommen oder zur Herausgabe von Akten angehalten werden. Im Übrigen gelten das eidgenössische und das kantonale Verwaltungsrecht.

³⁴ SR 321.0

³⁵ SR 322.1

³⁶ SR 311.0

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

**10. Bundesgesetz vom 13. Juni
2008³⁷ über die polizeilichen
Informationssysteme des Bundes**

Art. 15 Automatisiertes Polizeifahndungs-
system

Art. 15 Abs. 4 Bst. f

¹ Fedpol betreibt in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein automatisiertes Personen- und Sachfahndungssystem. Dieses dient den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

- a. Verhaftung von Personen oder Ermittlung ihres Aufenthaltes im Rahmen einer Strafuntersuchung oder eines Straf- und Massnahmenvollzuges;
- b. Anhaltung bei Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahmen oder fürsorglicher Unterbringung;
- c. Ermittlung des Aufenthaltes vermisster Personen;
- d. Durchführung von Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nach Artikel 121 Absatz 2 der Bundesverfassung, nach Artikel 66a oder 66a^{bis} des Strafgesetzbuchs oder Artikel 49a oder 49a^{bis} des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927, nach dem Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005 oder nach dem Asylgesetz vom 26. Juni 1998;
- d^{bis}. systematischer Abgleich der Daten des Passagier-Informationssystems mit dem automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 104a Absatz 4 AuG;
- e. Bekanntgabe von Aberkennungen ausländischer, in der Schweiz ungültiger Führerausweise;
- f. Ermittlung des Aufenthaltsortes von Führerinnen und Führern von Motorfahrzeugen ohne Versicherungsschutz;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

- g. Fahndung nach abhandengekommenen oder gestohlenen Fahrzeugen und Gegenständen;
- h. Meldungen von Personen, gegen die eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24c des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) verfügt wurde;
- i. Verhinderung von internationaler Kindesentführung, auf Anordnung einer richterlichen Behörde oder der Kinderschutzbehörde;
- j. verdeckte Registrierung oder gezielte Kontrolle von Personen und Fahrzeugen zur Strafverfolgung oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit;
- k. Überprüfung von Personen in einem Straf- oder Massnahmenvollzug, die eine Straftat im Sinne von Artikel 64 Absatz 1 des Strafgesetzbuches begangen haben.

² Das System enthält die der Identifikation gesuchter Personen und Sachen dienenden Daten sowie die Daten zu den Fahndungsmerkmalen, zu den zu treffenden Massnahmen bei deren Auffindung, zu den zuständigen Behörden, zu den betroffenen Drittpersonen (Zeugen, Geschädigte, gesetzliche Vertreterinnen oder Vertreter, Inhaberinnen oder Inhaber, Finderinnen oder Finder) und zu den ungeklärten Straftaten.

- ³ Die folgenden Behörden können Ausschreibungen über das Informationssystem verbreiten:
- a. fedpol zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1;
 - b. die Eidgenössische Spielbankenkommission zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben a und g;
 - c. die Bundesanwaltschaft, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstabe a;
 - d. die Zentralbehörde zur Behandlung

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

internationaler Kindesentführungen nach dem Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben c und i;
 e. das BJ, im Rahmen der Anwendung des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben a und g;
 f. das SEM, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben d und dbis;
 g. die Oberzolldirektion, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben a und g;
 h. die Militärjustizbehörden, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstabe a;
 i. die kantonalen Polizeibehörden, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1;
 j. weitere vom Bundesrat durch Verordnung bezeichnete kantonale Zivilbehörden, zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben b, c, e, f, g und i.

⁴ Folgende Behörden dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mittels Abrufverfahren Daten aus dem Informationssystem abrufen:
 a. die in Absatz 3 aufgeführten Behörden;
 b. das Grenzwachtkorps und die Zollbüros;
 c. die schweizerischen Vertretungen im Ausland und der Dienst für konsularischen Schutz des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten;
 d. das Interpol-Generalsekretariat und die ausländischen nationalen Interpol-Zentralbüros, soweit es um abhandengekommene Fahrzeuge und Gegenstände geht, mit Ausnahme personenbezogener Daten;
 e. die Strassenverkehrsämter, soweit es um Fahrzeuge geht;
 f. die Behörde, die nach Artikel 21 Absatz 1 BWIS mit der Durchführung von persönlichen Sicherheitsprüfungen betraut ist;

⁴ ...

f. *Aufgehoben*

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

- g. das Staatssekretariat für Wirtschaft und die kantonalen sowie kommunalen Migrations- und Arbeitsmarktbehörden, zwecks Abklärung, ob eine ausländische Staatsangehörige oder ein ausländischer Staatsangehöriger im Informationssystem verzeichnet ist;
- h. die Behörden gemäss Artikel 4 des Ausweisgesetzes vom 22. Juni 2001, zwecks Abklärung des Vorliegens allfälliger Gründe für die Verweigerung der Ausstellung eines Ausweises;
- i. der NDB zur Feststellung des Aufenthaltsortes von Personen und des Standortes von Fahrzeugen nach Massgabe des BWIS;
- j. weitere vom Bundesrat durch Verordnung bezeichnete Justiz- und Verwaltungsbehörden.

⁵ Das automatisierte Personen- und Sachfahndungssystem kann mit anderen Informationssystemen so verbunden werden, dass die Benutzenden des Systems nach Absatz 4 mit einer einzigen Abfrage andere Informationssysteme konsultieren können, sofern sie über die notwendigen Zugriffsberechtigungen verfügen.

Art. 17 Nationaler Polizeiindex**Art. 17 Abs. 4 Einleitungssatz und Bst. I**

- ¹ Fedpol betreibt in Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungs- und Polizeibehörden des Bundes und der Kantone den nationalen Polizeiindex (Index). Der Index informiert darüber, ob Daten zu einer bestimmten Person bearbeitet werden:
- a. in den Informationssystemen der kantonalen Polizeibehörden;
 - b. im polizeilichen Informationssystem-Verbund (Art. 9–14);
 - c. im Automatisierten Polizeifahndungssystem (Art. 15);
 - d. im N-SIS (Art. 16).

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Zweck des Indexes ist die Verbesserung der Suche nach Informationen über Personen und die Vereinfachung der Rechts- und Amtshilfe.

³ Der Index enthält die folgenden Informationen:

- a. die vollständige Identität der Person, deren Daten bearbeitet werden (insbesondere Name, Vorname, Alias, Allianzname(n), Name der Eltern, Geburtsort und -datum, Prozesskontrollnummer);
- b. Datum des Eintrags;
- c. Grund des Eintrags, wenn eine Person erkennungsdienstlich behandelt worden ist;
- d. die Angabe der Behörde, bei der nach den Grundsätzen der Rechts- und Amtshilfe um weitere Informationen über die Person ersucht werden kann;
- e. die Angabe des Informationssystems oder der Systemart, aus der die Daten stammen.

⁴ Zugriff auf diese Daten mittels eines automatisierten Abrufverfahrens haben:

- a. die BKP;
- b. die Bundesanwaltschaft und die kantonalen Strafverfolgungsbehörden;
- c. der NDB;
- d. der Bundessicherheitsdienst;
- e. die Meldestelle für Geldwäscherei;
- f. die Polizeibehörden der Kantone;
- g. der mit der Führung des automatisierten Polizeifahndungssystems betraute Dienst;
- h. das BJ, zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981;
- i. das Grenzwachtkorps und die Zollfahndung;
- j. die militärische Sicherheit;

⁴ Zugriff auf diese Daten mittels Abrufverfahren haben:

Geltendes Recht

k. die Militärjustizbehörden;
l. die Behörde, die nach Artikel 21 Absatz 1 BWIS mit der Durchführung von Personensicherheitsprüfungen betraut ist.

⁵ Der Bundesrat ist ermächtigt, den Umfang des Zugriffs im Index für die Benutzenden nach Absatz 4 einzuschränken. Diese Einschränkung kann sowohl den Umfang der in Absatz 3 aufgeführten Daten wie auch die Systeme nach Absatz 1 betreffen.

⁶ Fedpol kann gestützt auf die Angaben der Dienststelle, die Urheberin der Information ist, die Daten zusammenführen, die der gleichen Person zugeordnet werden können.

⁷ Eine Person wird nur so lange im Index geführt, als sie in einem der in Absatz 1 aufgeführten Informationssysteme registriert ist. Der sie betreffende Eintrag wird automatisch gelöscht, wenn in keinem der in Absatz 1 aufgeführten Informationssysteme mehr Einträge über die Person vorhanden sind.

⁸ Die kantonalen Behörden entscheiden, ob sie ihr System an den Nationalen Polizeiindex anschliessen (Abs. 1 Bst. a) und welche ihrer Daten in diesem System erfasst werden. Im Falle eines Anschlusses müssen die Kantone:

- a. die vom Bund festgelegten Kriterien hinsichtlich der im Index zu verzeichnenden Deliktsarten beachten; und
- b. die vom Bund festgelegten technischen

Bundesrat

l. die für die Durchführung der Personensicherheitsprüfungen zuständigen Fachstellen nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ...³⁸ zur Beurteilung des Sicherheitsrisikos im Rahmen einer Personensicherheitsprüfung, einer Prüfung der Vertrauenswürdigkeit oder einer Beurteilung des Gewaltpotenzials.

Ständerat**Kommission des Nationalrates**

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Standards für einen erleichterten Datenaustausch einhalten.

11. Militärgesetz vom 3. Februar 1995³⁹

11. ...

11. ...

Art. 1

Art. 1

Art. 1

¹ Die Armee:

- a. dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens;
- b. verteidigt das Land und seine Bevölkerung;
- c. wahrt die schweizerische Lufthoheit.

² Sie unterstützt die zivilen Behörden im Inland, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen:

- a. bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit;
- b. bei der Bewältigung von Katastrophen und anderer ausserordentlicher Lagen;
- c. beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen, insbesondere von Infrastrukturen, die für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat unerlässlich sind (kritische Infrastrukturen);

² ...

² ...

Mehrheit

Minderheit (Sommaruga Carlo, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Seiler Graf)

c. beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen, insbesondere der Trinkwasser- und Energieversorgung, von Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie von weiteren Prozessen, Systemen und Einrichtungen, die essentiell für das Funktionieren der Wirtschaft bzw. das Wohlergehen der Bevölkerung sind (kritische Infrastrukturen).
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 2. Nachrichtendienstgesetz vom 25. September 2015, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4)

c. Gemäss Ständerat
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 2 ND, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4)

c. ...

...,
Informations-, Kommunikations- und Transportinfrastrukturen sowie grundlegende Spitaleinrichtungen und weitere Prozesse, ...
(siehe Art. 5 Bst. c E-ISG und Anhang, 2 ND, Art. 6 Abs. 1 Bst. a Ziffer 4)

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

- d. bei der Erfüllung von Aufgaben im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz und der koordinierten Dienste;
- e. bei der Bewältigung von Spitzenbelastungen oder von Aufgaben, die die Behörden mangels geeigneter Personen oder Mittel nicht bewältigen können;
- f. bei der Erfüllung anderer Aufgaben von nationaler oder internationaler Bedeutung.

³ Sie unterstützt zivile Behörden im Ausland:

- a. beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen;
- b. bei humanitären Hilfeleistungen.

⁴ Sie leistet Beiträge zur Friedensförderung im internationalen Rahmen.

⁵ Sie kann zivilen Behörden und Dritten:

- a. für zivile oder ausserdienstliche Tätigkeiten im Inland militärische Mittel zu Verfügung stellen;
- b. mit Truppen im Ausbildungsdienst und mit Berufsformationen Spontanhilfe zur Bewältigung von unvorhergesehenen Ereignissen leisten.

Art. 14 Prüfung der Vertrauenswürdigkeit

- ¹ Die Angehörigen der Armee können auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin geprüft werden, wenn sie im Rahmen ihrer Funktion:
- a. die Schweiz im Ausland regelmässig vertreten sollen und dabei das Ansehen des Bundes erheblich beeinträchtigen könnten;
 - b. in wesentlichen finanziellen Angelegenheiten Entscheide fällen oder Aufsichtsaufgaben wahrnehmen sollen und dabei die finanziellen Interessen des Bundes erheblich beeinträchtigen könnten.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

² Der Bundesrat legt fest, welche Funktionen geprüft werden müssen. Er beschränkt sich dabei auf das erforderliche Mindestmass.

³ Die Vertrauenswürdigkeitsprüfungen werden von der Fachstelle nach Artikel 32 Absatz 2 des Informations-sicherheitsgesetzes vom ...⁴⁰ (ISG) durchgeführt. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den entsprechenden Bestimmungen des ISG.

⁴ Werden die Angehörigen der Armee gleichzeitig einer Personensicherheitsprüfung nach dem ISG unterzogen, so werden die beiden Verfahren vereinigt.

Art. 113 Persönliche Waffe**Art. 113 Abs. 6**

¹ Angehörigen der Armee darf keine persönliche Waffe abgegeben werden, wenn ernstzunehmende Anzeichen oder Hinweise bestehen, dass:

- a. sie sich selbst oder Dritte mit der persönlichen Waffe gefährden könnten;
- b. sie oder Dritte die persönliche Waffe missbrauchen könnten.

² Werden Anzeichen oder Hinweise nach Absatz 1 bekannt, nachdem die persönliche Waffe abgegeben wurde, so wird diese dem Angehörigen der Armee unverzüglich entzogen.

³ Das VBS prüft, ob Anzeichen oder Hinweise nach Absatz 1 bestehen:

- a. vor der geplanten Abgabe der persönlichen Waffe;
- b. nachdem ein entsprechender Verdacht gemeldet wurde;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

c. bevor dem Angehörigen der Armee die persönliche Waffe zu Eigentum überlassen wird.

⁴ Es kann dazu ohne Zustimmung der zu prüfenden Person:

- a. polizeiliche Berichte und militärische Führungsberichte verlangen;
- b. in das Strafregister sowie in Straf- und Strafvollzugsakten Einsicht nehmen;
- c. Auszüge aus den Betreibungs- und Konkursregistern verlangen sowie in Betreibungs- und Konkursakten Einsicht nehmen;
- d. die Beurteilung des Gefährdungs- oder Missbrauchspotenzials durch eine bundesinterne Prüfbehörde verlangen.

⁵ Die bundesinterne Prüfbehörde kann zur Beurteilung des Gefährdungs- oder Missbrauchspotenzials:

- a. die Daten nach den Absätzen 3 Buchstabe b, 7 und 8 einholen;
- b. Auszüge aus den Betreibungs- und Konkursregistern verlangen sowie in Betreibungs- und Konkursakten Einsicht nehmen;
- c. Einsicht in das Strafregister, in das informatisierte Staatsschutz-Informationssystem und in den nationalen Polizeiindex nehmen;
- d. bei den zuständigen Straf- und Strafvollzugsbehörden Auskünfte und Akten über laufende, abgeschlossene oder eingestellte Strafverfahren sowie Strafvollzüge einholen;
- e. die zu beurteilende Person und Dritte befragen, falls aufgrund der vorliegenden Daten ein Gefährdungs- oder Missbrauchspotenzial nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann.

⁶ Das Verfahren richtet sich im Übrigen nach den Artikeln 19–21 des Bundesge-

⁶ Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen über

Geltendes Recht

setzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit. Ist gleichzeitig aus anderen Gründen eine Sicherheitsprüfung durchzuführen, so können die beiden Verfahren vereinigt werden.

⁷ Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, Ärzte sowie Psychologen sind ohne Rücksicht auf die Bindung an das Amts- oder Berufsgeheimnis ermächtigt, Anzeichen oder Hinweise nach Absatz 1 oder einen entsprechenden Verdacht den zuständigen Stellen des VBS zu melden.

⁸ Dritte können, unter Angabe der Gründe, Anzeichen oder Hinweise nach Absatz 1 oder einen entsprechenden Verdacht den zuständigen Stellen des VBS melden.

Art. 150 Ausführungsbestimmungen

¹ Der Bundesrat erlässt die Ausführungsverordnungen.

² Er erlässt die Dienstreglemente; er umschreibt darin namentlich die Rechte und Pflichten der Angehörigen der Armee.

³ Er kann das VBS ermächtigen, zur Wahrung der militärischen Geheimhaltung Vorschriften zu erlassen.

⁴ Er kann mit andern Staaten Vereinbarungen zur Wahrung der militärischen Geheimhaltung abschliessen.

Bundesrat

die Grundsicherheitsprüfung nach Artikel 31 Buchstabe a ISG⁴¹. Ist gleichzeitig aus anderen Gründen eine Grundsicherheitsprüfung durchzuführen, so werden die beiden Verfahren vereinigt.

Art. 150 Abs. 4

⁴ *Aufgehoben*

Ständerat**Kommission des Nationalrates**

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates****12. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008⁴² über die militärischen Informationssysteme****Art. 14 Daten**

¹ Das PISA enthält folgende Daten der Stellungspflichtigen, der Militärdienstpflichtigen, des für die Friedensförderung vorgesehenen Personals sowie von Zivilpersonen, die von der Truppe betreut oder für einen befristeten Einsatz der Armee beigezogen werden:

- a. Entscheide über die Tauglichkeit für den Militär- und Schutzdienst, das Leistungsprofil und die Zuteilung;
- b. Daten über das Kaderpotenzial und die Kaderbeurteilung sowie solche des Dienstetats;
- c. Daten über die Eignung zur Ausübung von bestimmten Funktionen sowie von speziellen Funktionen mit erhöhten Anforderungen, sofern sich die Eignung nicht aus dem Leistungsprofil ergibt;
- d. Daten über den militärischen Status sowie über die Zulassung zum Zivildienst;
- e. Daten über Dienstvormerke und Dienstleistungen;
- f. Kontrolldaten über Nachforschungen bei unbekanntem Aufenthalt;
- g. Daten über die Durchführung der Personensicherheitsprüfung, einschliesslich des Entscheids;
- h. Daten über Straftaten sowie strafrechtliche Entscheide und Massnahmen;
- i. Daten über Beschwerdeverfahren und -entscheide;
- j. Daten, die von der betreffenden Person freiwillig gemeldet wurden;
- k. Daten für den Verstorbenen- und Vermisstendienst;

Art. 14 Abs. 1 Bst. i

¹ Das PISA enthält folgende Daten der Stellungspflichtigen, der Militärdienstpflichtigen, des für die Friedensförderung vorgesehenen Personals sowie von Zivilpersonen, die von der Truppe betreut oder für einen befristeten Einsatz der Armee beigezogen werden:

- i. Daten über die Durchführung der Prüfung der Vertrauenswürdigkeit nach Artikel 14 des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995⁴³ (MG), mit Entscheid.

⁴² SR 510.91

⁴³ SR 510.10

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

l. Daten über die Abgabe und Rücknahme sowie Entscheide über die Abnahme und den Entzug der persönlichen Waffe sowie der Leihwaffe;

m. Daten aus Strafverfahren gegen Angehörige der Armee und Stellungspflichtige sowie Meldungen nach Artikel 113 Absätze 7 und 8 des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995 (MG), sofern ernstzunehmende Anzeichen oder Hinweise bestehen, dass die betroffene Person sich selbst oder Dritte mit der persönlichen Waffe gefährden könnte.

² Das PISA enthält folgende Daten der Zivildienstpflichtigen:

- a. Entscheide über die Zulassung und die Aufhebung der Zulassung zum Zivildienst;
- b. Daten, die von der betreffenden Person freiwillig gemeldet wurden.

³ Es enthält folgende Daten der Schutzdienstpflichtigen:

- a. Entscheide über die Tauglichkeit für den Schutzdienst, das Leistungsprofil und die Zuteilung;
- b. Daten über das Kaderpotenzial und die Kaderbeurteilung sowie solche des Dienstetats;
- c. Daten über die Eignung zur Ausübung von bestimmten Funktionen sowie von speziellen Funktionen mit erhöhten Anforderungen, sofern sich die Eignung nicht aus dem Leistungsprofil ergibt;
- d. Daten über die Zuteilung der Grundfunktion, die Einteilung, die Funktion und den Grad;
- e. Daten über die persönliche Ausrüstung;
- f. Daten über Dienstvormerke und Dienstleistungen;
- g. Daten über die Durchführung der Personensicherheitsprüfung, mit Entscheid;
- h. Daten über Straftaten sowie strafrechtliche Entscheide und Massnahmen;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

- i. Daten über Beschwerdeverfahren und -entscheide;
- j. Daten, die von der betreffenden Person freiwillig gemeldet wurden;
- k. Daten für den Verstorbenen- und Vermisstendienst;
- l. Kontrolldaten über Nachforschungen bei unbekanntem Aufenthalt.

Art. 17 Datenaufbewahrung

¹ Daten des PISA über Straftaten sowie strafrechtliche Entscheide und Massnahmen dürfen nur aufbewahrt werden, wenn gestützt auf diese Daten:

- a. ein Entscheid über die Nichtrekrutierung, den Ausschluss oder die Degradation nach dem MG erging;
- b. ein Entscheid über die Eignung zur Beförderung oder Ernennung nach dem MG erging;
- c. bei der Personensicherheitsprüfung die Sicherheitserklärung nicht erteilt oder mit Vorbehalten versehen wurde;
- d. ein Entscheid über das Bestehen von Hinderungsgründen für die Überlassung der persönlichen Waffe erging; oder
- e. ein Entscheid über den Ausschluss aus dem Zivilschutz nach dem Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 4. Oktober 2002 erging.

² Daten aus der Schiesspflicht ausser Dienst werden von der Eintragung an während fünf Jahren aufbewahrt.

³ Daten über die Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht und über den Tod werden bis zu dem Jahr geführt, in dem die betreffende Person nach Jahrgang aus der Militärdienst- oder Schutzdienstpflicht entlassen worden wäre.

Art. 17 Abs. 1 Bst. a

¹ Daten des PISA über Straftaten sowie strafrechtliche Entscheide und Massnahmen dürfen nur aufbewahrt werden, wenn gestützt auf diese Daten:

- a. ein Entscheid über die Nichtrekrutierung, den Ausschluss oder die Degradation nach dem MG⁴⁴ erging;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

⁴ Auf Verlangen der betreffenden Person werden die freiwillig gemeldeten Daten vernichtet.

^{4bis} Daten über die Abnahme und den Entzug der persönlichen Waffe sowie der Leihwaffe und über die damit zusammenhängenden Umstände werden nach der Entlassung aus der Militärdienstpflicht während 20 Jahren aufbewahrt.

⁵ Die übrigen Daten des PISA werden nach der Entlassung aus der Militärdienst- oder Schutzdienstpflicht während fünf Jahren aufbewahrt.

5. Kapitel: Sicherheitsinformationssysteme

5. Kapitel

1. Abschnitt: Informationssystem Personensicherheitsprüfung

1. Abschnitt (Art. 144–149)

Aufgehoben

Art. 144 Verantwortliches Organ

Die Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen im VBS (Fachstelle PSP VBS) betreibt ein Informationssystem Personensicherheitsprüfung (SIBAD).

Art. 145 Zweck

Das SIBAD dient der Durchführung der Personensicherheitsprüfung.

Art. 146 Daten

Das SIBAD enthält folgende Daten:

- a. die für die Personensicherheitsprüfung erhobenen Daten;
- b. die Risikoanalyse;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

c. den Entscheid über die Personensicherheitsprüfung.

Art. 147 Datenbeschaffung

¹ Die für die Durchführung von Personensicherheitsprüfungen zuständigen Prüfbehörden beschaffen die Daten für das SIBAD bei:

- a. der betreffenden Person oder ihrer gesetzlichen Vertretung;
- b. den militärischen Kommandos;
- c. den zuständigen Verwaltungseinheiten des Bundes, der Kantone und Gemeinden;
- d. den zivilen und militärischen Strafbehörden sowie den Verwaltungsrechtspflegebehörden;
- e. den ausländischen Sicherheitsbehörden;
- f. den militärischen und, mit Einwilligung der betreffenden Person, zivilen Vorgesetzten;
- g. den von der betreffenden Person genannten Referenzpersonen.

² Sie haben durch Abrufverfahren Zugang zu folgenden Registern und Datenbanken im Umfang der entsprechenden Rechtsgrundlagen:

- a. nationaler Polizeiindex;
- b. Strafregister;
- c. Staatsschutz-Informations-System, unter Vorbehalt von Artikel 20 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.

³ Sie können Daten von den Sicherheitsorganen des Bundes oder den entsprechenden kantonalen Behörden anfordern. Diese können die Prüfbehörden ermächtigen, über ein Abrufverfahren direkt auf

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

ihre Register und Datenbanken zuzugreifen.

Art. 148 Datenbekanntgabe

¹ Die Fachstelle PSP VBS macht die Daten des SIBAD folgenden Stellen durch Abrufverfahren zugänglich:

- a. den für die Durchführung von Personensicherheitsprüfungen zuständigen Prüfbehörden;
- b. der für die Industriesicherheit des VBS zuständigen Stelle;
- c. den mit der Einleitung der Personensicherheitsprüfungen beauftragten Stellen:
 - 1. des Bundes und der Kantone,
 - 2. der Betreiber von Kernkraftwerken,
 - 3. Dritter;
- d. den mit Sicherheitsaufgaben beauftragten Stellen des Bundes.

² Die Prüfbehörden geben das Resultat der Personensicherheitsprüfung folgenden Stellen und Personen bekannt:

- a. der betreffenden Person;
- b. der Stelle, welche die Personensicherheitsprüfung veranlasst hat;
- c. dem Arbeitgeber der betreffenden Person;
- d. in Beschwerdefällen: zur Beschwerde berechtigten Dritten.

³ Die Fachstelle PSP VBS kann Bundesstellen folgende Daten der Personensicherheitsprüfung zur Weiterverwendung in Sicherheitssystemen elektronisch bekannt geben, wenn diese Stellen für ihre Tätigkeit auf den Daten der Personensicherheitsprüfung basieren müssen und die Daten für die betreffende Person nicht nachteilig sind:

- a. Personalien;
- b. Prüfstufe;

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

c. Ergebnis der Personensicherheitsprüfung mit Datum.

Art. 149 Datenaufbewahrung

¹ Die Prüfbehörden vernichten umgehend Daten:

- a. die auf Vermutungen oder blossen Verdächtigungen beruhen;
- b. die dem Zweck der Bearbeitung nicht entsprechen;
- c. deren Bearbeitung aus anderen Gründen unzulässig ist; oder
- d. die unrichtig sind.

² Sie bewahren die Daten so lange auf, wie die betreffende Person die Stelle innehat, die Funktion ausübt oder den Auftrag bearbeitet, längstens jedoch zehn Jahre.

**2. Abschnitt: Informationssystem
Industriesicherheitskontrolle**

2. Abschnitt (Art. 150–155)

Aufgehoben

Art. 150 Verantwortliches Organ

Die für die Durchführung des Geheimschutzverfahrens zuständige Stelle des VBS betreibt ein Informationssystem Industriesicherheitskontrolle (ISKO).

Art. 151 Zweck

Das ISKO dient der Durchführung des Geheimschutzverfahrens und der damit zusammenhängenden Personensicherheitsprüfungen.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates****Art. 152** Daten

Das ISKO enthält folgende Daten:

- a. Risikoanalyse;
- b. Entscheid über die Personensicherheitsprüfung.

Art. 153 Datenbeschaffung

Die Fachstelle GSV beschafft die Daten über eine Schnittstelle aus dem SIBAD.

Art. 154 Datenbekanntgabe

Der Prüfungsentscheid und die Sicherheitsstufe dürfen dem Geheimschutzbeauftragten des Arbeitgebers der betreffenden Person bekannt gegeben werden.

Art. 155 Datenaufbewahrung

Die Daten des ISKO werden während zehn Jahren aufbewahrt.

13. Kernenergiegesetz vom 21. März 2003⁴⁵
Art. 5 Schutzmassnahmen

Art. 5 Abs. 3 und Abs. 3^{bis}

¹ Bei der Auslegung, beim Bau und beim Betrieb der Kernanlagen sind Schutzmassnahmen nach international anerkannten Grundsätzen zu treffen. Die Schutzmassnahmen umfassen insbesondere den Einsatz qualitativ hochwertiger Bauteile, gestaffelte Sicherheitsbarrieren, die mehrfache Ausführung und die Automation von Sicherheitssystemen, den Aufbau einer geeigneten Organisation mit qualifiziertem Personal sowie die Förde-

Geltendes Recht

rung eines ausgeprägten Sicherheitsbewusstseins.

² Für den Fall, dass gefährliche Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt werden, sind Notfallschutzmassnahmen zur Begrenzung des Schadenausmasses vorzubereiten.

³ Um zu verhindern, dass die nukleare Sicherheit von Kernanlagen und Kernmaterialien durch unbefugtes Einwirken beeinträchtigt oder Kernmaterialien entwendet werden, müssen Sicherungsmassnahmen getroffen werden. Diese Massnahmen sind, soweit erforderlich, zu klassifizieren.

⁴ Der Bundesrat regelt, welche Schutzmassnahmen erforderlich sind.

Bundesrat

³ Um zu verhindern, dass die nukleare Sicherheit von Kernanlagen und Kernmaterialien durch unbefugtes Einwirken beeinträchtigt oder Kernmaterialien entwendet werden, müssen Sicherungsmassnahmen getroffen werden.

^{3bis} Die Klassifizierung und Bearbeitung von Informationen richten sich nach den Vorschriften der Gesetzgebung über die Informationssicherheit beim Bund.

14. Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007⁴⁶

Art. 20a Prüfung der Vertrauenswürdigkeit

¹ Angestellte der nationalen Netzgesellschaft, die Aufgaben erfüllen sollen, die für die Sicherheit des Übertragungsnetzes auf gesamtschweizerischer Ebene und dessen zuverlässigen und leistungsfähigen Betrieb wesentlich sind, werden zur Beurteilung des Sicherheitsrisikos auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin geprüft.

² Der Bundesrat legt fest, welche Personengruppen geprüft werden müs-

Ständerat**Kommission des Nationalrates****14. ...****Art. 20a**

¹ Personen, die von der nationalen Netzgesellschaft in kritischen oder höchstkritischen Funktionen eingesetzt werden, werden zur Beurteilung des Sicherheitsrisikos periodisch auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin geprüft.

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

sen. Er beschränkt sich dabei auf das erforderliche Mindestmass.

³ Die Vertrauenswürdigkeitsprüfungen werden von der Fachstelle nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ...⁴⁷ (ISG) durchgeführt. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den entsprechenden Bestimmungen des ISG.

⁴ Die Ergebnisse der Prüfung werden der Geschäftsleitung der nationalen Netzgesellschaft, dem Bundesamt und der ElCom mitgeteilt.

⁴ Die nationale Netzgesellschaft ersucht um Durchführung der Prüfung. Das Ergebnis ist ihr mitzuteilen und kurz zu begründen.

15. Nationalbankgesetz vom 3. Oktober 2003⁴⁸ **15. ...**

Art. 16 Vertraulichkeit

Art. 16 Sachüberschrift und Abs. 5
Vertraulichkeit und Informationssicherheit

Art. 16

¹ Die Nationalbank hat über die erhobenen Daten das Geheimnis zu bewahren.

² Sie veröffentlicht die erhobenen Daten in Form von Statistiken. Zur Wahrung der Geheimhaltung werden die Daten zusammengefasst.

³ Die Nationalbank ist befugt, die erhobenen Daten in aggregierter Form an die in Artikel 14 Absatz 2 genannten Behörden und Organisationen weiterzuleiten.

⁴ Die Nationalbank ist befugt, die erhobenen Daten mit den zuständigen schweizerischen Finanzmarktaufsichtsbehörden auszutauschen.

⁴⁷ SR ...
⁴⁸ SR 951.11

Geltendes Recht

⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

Bundesrat

⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁴⁹ über den Datenschutz sowie des Informationssicherheitsgesetzes vom...⁵⁰.

Ständerat

⁵ *Streichen*
(= *gemäss geltendem Recht*)

Kommission des Nationalrates

**16. Asylgesetz vom 26. Juni 1998
(AsylG)¹**

Art. 29 Anhörung zu den Asylgründen

¹ Das SEM hört die Asylsuchenden zu den Asylgründen an:
a. in den Empfangs- und Verfahrenszentren; oder
b. innerhalb von 20 Tagen nach dem Entscheid über die Zuweisung in den Kanton.

^{1bis} Es zieht nötigenfalls eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher bei.

² Die Asylsuchenden können sich von einer Vertreterin oder einem Vertreter und einer Dolmetscherin oder einem Dolmetscher ihrer Wahl, die selber nicht Asylsuchende sind, begleiten lassen.

³ Über die Anhörung wird ein Protokoll geführt. Dieses wird von den Beteiligten, mit Ausnahme der Vertretung der Hilfswerke, unterzeichnet.

⁴ Das SEM kann die kantonalen Behörden mit der Anhörung von Asylsuchenden beauftragen, wenn dies zu einer erheblichen Beschleunigung des Verfahrens führt. Die Anhörung richtet sich nach den Absätzen 1–3.

49 SR 235.1
50 SR ...

1 SR 142.31

Geltendes Recht**Bundesrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

Art. 29a^o Prüfung der
Vertrauenswürdigkeit

¹ Das SEM kann vor und während des Arbeitsverhältnisses Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin prüfen lassen.

² Die Vertrauenswürdigkeits-prüfungen werden von den Fachstellen PSP nach Artikel 32 Absatz 2 des Informationssicherheitsgesetzes vom ... (ISG) durchgeführt. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen des ISG über die Grundsicherheitsprüfung.

³ Werden die Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer gleichzeitig einer Personensicherheitsprüfung nach dem ISG unterzogen, so werden die beiden Verfahren vereinigt.

⁴ Das SEM trägt die Kosten der Vertrauenswürdigkeitsprüfungen.

Art. 29a Zusammenarbeit bei der Ermittlung des Sachverhalts

Der Bundesrat kann mit Drittstaaten und internationalen Organisationen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Ermittlung des Sachverhalts abschliessen. Er kann insbesondere Vereinbarungen über den gegenseitigen Informationsaustausch zur Abklärung der Fluchtgründe einer asylsuchenden Person im Heimat- oder Herkunftsstaat, ihres Reiseweges und ihres Aufenthalts in einem Drittstaat abschliessen.